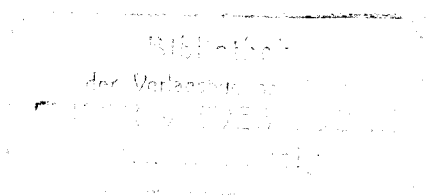


UB Braunschweig

84



2300-630-8



27

Wer darf
die Einwohner
der
Kurbraunschweigischen Staaten,
während
der französischen Okkupation
derselben,
mit Rechtsbestände besteuern?

und

Können, bei dieser Gelegenheit,
allgemeine Schulden
auf
das Hannöverische,
Rechtsverbindlicher Weise,
gemacht werden?

Wer darf
die Einwohner
der
Kur braunschweigischen Staaten,
während
der französischen Okkupation
derselben,
mit Rechtsbestande besteuern?
und
können, bei dieser Gelegenheit,
allgemeine Schulden
auf
das Hannöverische,
Rechtsverbindlicher Weise,
gemacht werden?

K r i t i k

der

beiden Druckschriften

ueber

die Befugniß

des

Calenberg-Grubenhägischen Landesdeputations-Collegii &c.

und

der Prüfung

meiner

öffentlichen Erklärung

und

feierlichen Verwahrung &c.

von

dem Hofrichter, auch Land- und Schatzrath,

von Berlepsh.

*L'animosité et la haine d'un auteur n'instruit personne.
Frédéric II. Roi de Prusse, Oeuvres posthumes. Hi-
stoire de mon tems. Tom. 3, Avant-Propos, p. II.*

I 8 0 4.

Handwritten signature: Friedrich Berlepsh



Inhalts = Anzeige.

I) Vorerinnerung S. 1

II) Kritik der, gegen meine öffentliche Erklärung und feierliche
Verwahrung erschienenen Druckchriften etc.

Ihr erstes Argument, daß die Sulinger Convention
die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen der
französischen Botmäßigkeit unterworfen habe, ist ganz
unrichtig — völlig untauglich . . . 7

III) Kategorische Zernichtung dieses Arguments . . . 12

IV) Angabe der Ursachen, warum das Fürstenthum Grubenhagen und ein Theil des Göttingischen von den Französischen Truppen am Ende des Septembers, 1803, besetzt worden sind.

Das zweite Argument, welches in jenen Druckschriften von der Gewalt gegen das Recht hergenommen ist, bleibt durchaus verwerflich S. 15

V) Folglich ist das dritte Argument derselben, welches aus dem Erfolge entlehnet wird, von gleicher untauglicher Beschaffenheit 21

VI) Das vierte Argument, welches in jenen Flugblättern von der Vereinigung der Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen mit dem Fürstenthum Calenberg zu Einer Landschaft gemacht wird, ist von eben so schlechtem Gehalte 25

VII) Beantwortung der Frage: Wer darf die Unterthanen der Kurbraunschweigischen Staaten, während der französischen Okkupation derselben, mit Rechtsbestande besteuern?

Keiner, als ihr Eroberer 29

VIII) Erste Erwägung zur Bestätigung dieser Völkerrechtlichen Wahrheit, welche von der moralischen Person des Eroberers hergenommen ist 32

IX) Zweite Erwägung, welche aus der politischen Beschaffenheit der Hannöverschen Landstände entsteht.

Deutsche und Kurbraunschweigische Landstände sind völlig unwirksam, so bald es ihr Landesherr ist 36

X) Diese Unwirksamkeit gereicht dem Lande keineswegs zum Nachtheil 39

XI) Das, von der Erhaltung der administrativen Behörden hergenommene Argument, welches der behaupteten Unwirksamkeit der Landstände in den beurtheilten Druckschriften entgegen gestellt ist, paßt überall nicht auf eine politische und gesetzgebende Auctorität, wie die Kurbraunschweigiſchen Landstände, ohne alle Widerrede, ſind . . . 45

XII) Konstitutionswidrigkeit der, in jenen Flugblättern enthaltenen, Behauptung:

„daß, wenn der teutsche Landes Herr zu konkurriren ge-
 „hindert ſey, die Landstände ſich die Regierung des Lan-
 „des allein anmaßen müßten. 48

XIII) Die Kurbraunschweigiſchen Landstände haben zu demjenigen, was während der franzöſiſchen Eroberung des Hannöveriſchen geſchehen iſt, niemanden bevollmächtigt.

Landſchaftliche Räte und Deputirte ſind
 in Teutſchland und im Kurbraunſchweigi-
 ſchen nur deßwegen vorhanden, um ſich mit
 dem rechtmäßigen Regenten über Landes-
 Angelegenheiten zu berathen 57

XIV) Es exiſtirt im Hannöveriſchen kein General- und Provinzial-Landes-Deputations-Collegium, um die Kurbraunſchweigiſchen Unterthanen zu beſteuern, allgemeine Landeſſchulden zu contrahiren und die Landeſintraden, Behuf ihrer Wiederbezahlung, zu verhypotheciren.

Dieſer Behauptung pflichten der rechtmäßige
 Regent der Kurbraunſchweigiſchen Lande ausdrück-

VIII

lich, und selbst der Eroberer derselben durch die
That bey S. 62

XV) Beantwortung der Frage:

Ob, bey Gelegenheit der gegenwärtigen französischen Okkupation des Hannoverschen, allgemeine Landesschulden auf dasselbe, rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden können?

Sie wird schlechterdings verneinet 75

XVI) Schluß 99

Verbetterungen.

- S. 9. 3. 4 v. o. st. Reichsland l. Reichslande.
S. 17. 3. 3 u. 4. v. u. st. in Hilbesheim l. im Hilbesheimischen.
S. 22. 3. 3 v. o. st. nur l. nun.
S. 46. 3. 2 v. u. st. hat l. haben.
S. 50. 3. 10 v. o. st. be l. bei.
S. 50. 3. 16 v. o. st. oligarchische l. oligarchische.
S. 69. 3. 2 v. o. st. ihreu l. ihrem.
S. 87. 3. 4. v. u. st. erschienen l. erschienenen.
S. 88. 3. 5. v. o. st. beseitiget l. besüget.
S. 89. 3. 12. v. o. st. möglichem l. möglichen.
S. 102. 3. 5 v. o. st. nachtheiliges l. nachtheiligeres.
S. 112. 3. 9 v. o. st. 31 l. 21.

V o r e r i n n e r u n g.

I.

Nachdem es der französischen Politik geglückt war, in dem, von Kaiser und Reich ratificirten Hauptschlusse der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25ten Februar 1803, §. 3, eine Marschroute zu erhalten, auf welcher eine französische Armee in die Kurbraunschweigischen Staaten bringen kann, ohne das Gebiet eines bewaffneten mächtigen teutschen Reichsstandes zu berühren — nachdem dieser, durch das Gebiet des Herrn Herzogs von Arenberg über Meppen gehende Weg, wenige Wochen nachher, von einem schwachen Korps Franzosen, zur Erreichung des eben angegebenen Zwecks, betreten war — und nachdem die sogenannte französische Armee von Hannover die Kurbraunschweigischen Lande, um mich hier des Ausdrucks eines, sonst nur Verach-

tung verdienenden Schriftstellers *), zu bedienen, mit Vogelflinten einnehmen wollte; so ward, in Gemäßheit der Regierungs-Instruction vom 29. August 1714 *), durch zwei, von dem Geheimen Cabinets-Ministerio und dem General-Kommando zu Hannover ernannte Kurbraunschweigische Civil- und Militair-Deputirte, eine diplomatische Uebereinkunft mit dem Oberbefehlshaber der französischen Truppen, dem General Mortier, am 3ten Junius 1803 zu Sulingen getroffen, die, sowohl an und für sich selbst, als in ihren Folgen, die einzigste in ihrer Art ist. Sie legt einen

*) S. das Pasquill „Zwey Briefe über die Hannöversche Litteratur etc.“ Seite 30. Der anonyme Verfasser dieser Flugschrift, welcher, nach S. 41 seines Eibells, zur Regeneration des Hannöverschen kein anderes Mittel kennet, als die Kurbraunschweigischen Syndici und Advokaten mehr hervorzu ziehen und ihnen wenigstens bei den Obergerichten die Ehre der Sitzung zu verschaffen, scheint, nach seiner Schreibart und nach seinen Kenntnissen zu urtheilen, mehr die Biersecken als die gelehrte und urbane Welt zu kennen. Mehr, als etwas hämische Laune wird man in seinen Recensionen der, über die französische Occupation des Hannöverschen herausgekommenen Druckschriften nicht finden. Hüberlin Staatsarchiv 41 Heft S. 104.

*) S. Spittler Geschichte des Fürstenthums Hannover 2ter Theil, in den Beilagen No. XIII. §. 9. 12. 17, Seite 122, 123, 125, 126.

erneuerten Beweis dar, daß, wenn die Deutschen auch den Franzosen an Muth nicht nachstehen; diese dennoch jenen an listiger Klugheit weit überlegen sind. Von Hannöverscher Seite kann diese Convention, so wenig mit dem gesunden Menschenverstande, als mit dem positiven Europäischen Völkerrechte in Uebereinstimmung gebracht werden. Dem gesunden Menschenverstande widerspricht offenbar der zehnte Artikel derselben, da die Anzahl der Pferde, zur Remontirung der französischen Kavallerie, nicht bestimmt worden ist, und da die Kopfzahl der französischen Armee keine Bestimmung erhalten hat, welche, auf Hannöversische Kosten, besoldet, gekleidet und unterhalten werden soll. Der sechste Artikel der Eulinger Convention ist aber mit dem positiven Europäischen Völkerrechte in keine Uebereinstimmung zu bringen, weil man es schon längst in Landkriegen eingeföhret hat, daß die beweglichen Privatgüter eines besiegten Regenten vom Feinde verschont bleiben. *) Beide, gesunder Menschenverstand und positives Europäisches Völkerrecht verdammen endlich den zweiten Artikel jener diplomatischen Uebereinkunft, wodurch ein Theil von Deutschland — die Kurbraunschweigischen Staaten — von

*) S. von Martens Einleitung in das positive Europäische Völkerrecht, 8tes Buch, I Hauptstück, §. 275. S. 314.

dem Gouvernement dieser Reichsländer, offenbar für eine englische Provinz erklärt sind, indem darin ausgemacht worden ist, daß die Hannöversche Armee zur Auswechselung gegen die französischen Soldaten bestimmt seyn soll, welche sich in Englischer Gefangenschaft befinden würden. Diesemnach wäre es unstreitig besser gewesen, gar keine Konvention zu treffen, als die Eulingerische zu schließen, und dagegen bei den, zur Hand genommenen, ganz unwirksamen politischen und militairischen Vertheidigungsmitteln des Landes, dasselbe der französischen National-Großmuth lediglich zu überlassen. Doch sie ist einmal eingegangen worden, und ich bleibe daher bei ihrem buchstäblichen Inhalte stehen, ohne mich auf die Kritik dieser, der Weltgeschichte angehörenden öffentlichen Urkunde, weiter einzulassen. Nach dem ersten Artikel derselben, werden das Kurfürstenthum Hannover und die darin befindlichen Festungen von der französischen Armee besetzt, und nach ihrem vierzehnten Artikel hat sich die dormalige Regierung des Kurfürstenthums aller Machtausübung in dem ganzen, von den französischen Truppen besetzten, Lande zu enthalten; wobei sich der Ober-General, nach dem neunten Artikel der Eulinger Konvention vorbehält, in dem Gouvernement und in den kurfürstlichen Behörden jede, ihm dienlich scheinende Veränderung, zu treffen. Uebrigens soll jeder Artikel, über welchen Zwei-

fel entstehen könnten, nach dem sechszehnten Artikel dieser Uebereinkunft, zu Gunsten der Einwohner des Kurfürstenthums ausgelegt werden. Endlich hat die ganze Eulinger Convention, in Gemäßheit ihres siebenzehnten Artikels, den Stipulationen keinen Abbruch thun sollen, welche, zu Gunsten des Kurfürstenthums, zwischen dem Ersten Consul und einer vermittelnden Macht geschlossen werden durften. *) Ueber den Inhalt dieses letzten Artikels ist sehr verschieden geurtheilt worden. Meine Ansicht ist, folgende, ganz einfache. Von Seiten der Franzosen schimmert aus demselben die Besorgniß durch, daß die großen Mächte des festen Landes die französische Okkupation des Hannöverschen, wenigstens in der Folge, mit gleichgültigen Augen nicht ansehen durften. Das französische Gouvernement hat sich daher einen anständigen Weg offen erhalten wollen, um das Hannöversche, nach Beschaffenheit der politischen Konjunkturen, zu räumen, ohne inkonsequent zu werden. Es hat dadurch einen neuen Beweis seiner Klugheit gegeben. Von Seiten der Kurbraunschweigischen Behörden verräth dieser Artikel aber einen Schimmer der Wahrscheinlichkeit, daß sich eine große Macht doch

*) S. Tagebuch der Vorfälle seit dem Ausbruche der Feindseligkeiten zwischen dem Könige des vereinigten Reichs Großbritannien und der französischen Republik, 1stes H. S. 14—17.

Handwritten note: ... L. L. ... 1793 ...

noch endlich der Kurbraunschweigischen Staaten annehmen würde. Man hat es also für diensam erachtet, sich durch die Sulinger Convention den Weg, zur Realisirung dieser Hoffnung, so wenig zu versperren, daß man vielmehr geglaubt hat, sich ihn, durch den letzten Artikel dieser Uebereinkunft, offen erhalten zu müssen. Der vierzehnte Artikel der Sulinger Convention möchte also am wenigsten Tadel verdienen.

II.

K r i t i k

d e r

gegen meine öffentliche Erklärung

u n d

feierliche Verwahrung

erschiedenen Druckschriften.

Ich habe mich, um die Rechtmäßigkeit meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung ic. gegen einige hämische Angriffe aufrecht zu erhalten; mit hin zu meiner Verteidigung in der Abfertigung des von Hedemannschen Zuruß und des Rehbergischen Flugblattes „Ein Wort zu seiner Zeit ic.“ auf den deutlichen Inhalt des siebenten Paragraphen des vierten Artikels der Kaiserlichen Wahlkapitulation beziehen müssen. Als Kommentar zu dieser deutlichen Stelle eines, in der neuen teutschen Reichs-Constitution ausdrücklich

bestätigten Reichs-Grundgesetzes, werden die Worte des Kurfürsten von Brandenburg — des unsterblichen Königs, Friedrichs des Einzigen von Preussen — hier ihren rechten Platz finden. Dieser, in so mancher Rücksicht große Monarch, der wohl ein gültigerer Gewährsmann ist, als ein Paar Hannöversische Rebbergisirrende Advokaten sind, welche gegen mich die Feder ergriffen haben, sagt bestimmt in seinen geistvollen Werken:

„daß es einem teutschen Reichsstande nicht erlaubt
 „sey, ohne die Sanction des teutschen Reichstages,
 „fremde Truppen auf den Boden des teutschen
 „Waterlandes zu bringen. *)

Nach dieser deutlichen, von dem Könige von Preussen selbst anerkannten und in dem neu-teutschen Reichs-Staatsrechte geltenden Gesetzstelle konnten die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen von den Franzosen überall nicht besetzt werden. Wenigstens war diese Pl-

*) Il (le Roi de Prusse) conjura le Roi d'Angleterre de ne pas rendre, sans des raisons importantes, l'Empire, le théâtre d'une guerre, qui étoit prête de s'allumer et de se souvenir, qu'il n'est point permis à un membre du corps germanique, d'introduire, sans la sanction de la diète, des troupes étrangères dans sa patrie. Oeuvres posthumes de Frédéric II, Roi de Prusse. Histoire de mon tems. T. II. p. 11.

Supirung nicht eher möglich, als bis der Kurfürst von Brandenburg einer Abtheilung der französischen Armee von Hannover den Marsch durch eines seiner teutschen Reichsland verstattet hatte, um in jenen, vermöge einer glücklichen geographisch-politischen Lage, *) sowohl gesetzmäßig, als durch andere wichtige Rücksichten **) geschützten, Theil von Teutschland zu dringen. Die Paciszenten von Sulingen waren schlechterdings nicht befugt, und ermächtigt, in Rücksicht des Entschlusses des Königes von Preussen über die Frage:

ob er den Franzosen den Marsch durch seine teutschen Staaten verstaten, oder diese Vergünstigung von sich ablehnen wollte?

etwas zu bestimmen. Ja die angezogene Stelle der Kaiserlichen Wahlkapitulation, in Verbindung mit der Lage, worin die in Frage befindlichen Reichslande sind, verbot den, zur Eingehung einer Uebereinkunft mit dem französischen Gouvernement von dem Staats-Ministerio und dem General-Kommando zu Hannover bevollmächtigten

*) S. Meine öffentliche Erklärung 2c. S. 5—8 in Verbindung mit der Prüfung derselben. S. 12 und 13.

**) S. Meine Abfertigung des von Hedemannschen Jurufs 2c. S. 28—36.

Kurbraunschweig = Lüneburgischen Civil- und Militair-Deputirten, die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen den Franzosen einzuräumen, weil sie diese Befugniß, überhaupt, Reichsconstitutionsmäßig, nicht ertheilen durften, und weil sie selbige insonderheit, ohne Zustimmung des Berliner Cabinets, nicht einmal zugestehen konnten. Ich muß also, in Gemäßheit dieser Gründe, in dem, von mir zur Sprache gebrachten äußerst wichtigen Punkte, der Sachwalt des Herrn von Bremer und des Kurbraunschweigischen Staats-Ministerii gegen einige oberflächliche Hannöversische Schriftsteller seyn. Aus dem Gesagten folgt demnach ungesucht:

daß der erste Artikel der, von der französischen Regierung selbst für null und nichtig erklärten Sulinger Convention so wenig, als die ganze Uebereinkunft, und die daher entwickelten Folgen auf die Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen anwendbar sind.

Die Okkupation derselben ist keinesweges aus einem diplomatischen Vertrage der französischen Regierung mit den Hannöversischen Civil- und Militair-Beehörden herzuleiten. Sie beruht lediglich in der, von dem Könige von Preussen den Franzosen, am Ende des Monats September 1803, ertheilten Vergünstigung, sich dieser Kurbraunschweigischen Provinzen zu bemächtigen. (IV.) Es ist also dasjenige völlig ungegründet, was der Ge-

heime Kanzley=Secretair Rehberg, ganz pflichtvergessener Weise, dahin anführt:

„daß die bisherige Hannöverische Regierung, durch
 „eine traurige Nothwendigkeit gezwungen, die bis-
 „her, in den Fürstenthümern Grubenhagen und Göt-
 „tingen, ausgeübte Gewalt selbst in die Hände des
 „französischen Generals gelegt habe. *)

Und eben so unvernünftig ist, um mich eines Zwickerschen Ausdrucks zu bedienen, seine Behauptung:

„daß dem französischen General durch die Sulinger
 „Convention die Regierung des ganzen Landes von
 „den Bevollmächtigten des Staats=Ministerii; mit-
 „hin auf eine Art übertragen worden sey, welche
 „ohnstreitig für alle Unterthanen verbindlich gewesen
 „wäre. **)

Das erste Argument, dessen sich meine Gegner wider meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung bedienen:

„daß nämlich der erste Artikel der Sulinger Con-
 „vention die Fürstenthümer Göttingen und Gruben-

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit 2c. S. 10.

**) S. die Druckschrift „Ueber die Befugniß des Calenberg-Grubenhagenschen Landes=Deputations-Collegii 2c. S. 9.

„hagen der französischen Nothmässigkeit unterworfen
„habe, *)

ist folglich ein, schlechterdings untauglicher Behelf, weil er gerade gegen die deutsche Reichs-Verfassung und gegen das Europäische Völkerrecht angeht, da zwey Paciscenten über den Ertschluß eines dritten, von ihnen unabhängigen Staats nichts stipuliren können.

III.

Ich will, zur gänzlichen Zernichtung desselben, dem Gesagten noch einen Grund hinzufügen, der auf einem bekannten Grundsatz der Logik beruht. Er ist folgender: Angenommen, die Franzosen okkupirten — und wer kann für alle Ereignisse der Zukunft einstehen — das Göttingische und Grubenhägensche über Kassel und bemächtigten sich dieses Theils der Kurbraunschweigischen Staaten bis an die Grenze des Preussisch-Brandenburgischen Fürstenthums Hildesheim; der König von Preussen hielte es aber nicht für gerathen, die französische Armee weiter

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit, S. 9 u. 10. Ueber die Befugniß des Calenberg-Grubenhägenschen Landes, Deputations-Collegii S. 9.

vorrücken zu lassen; würden alsdann die Fürstenthümer Calenberg, Celle, Lüneburg, Bremen, Verden, Lauenburg, Donabrück und die Grafschaften Hoya und Diepholz, Hohnstein und das Land Hadeln wohl, als okkupirt und erobert anzusehen, und der französischen Bothmäßigkeit unterworfen seyn? Wer könnte so verwirrte Begriffe haben, um diese Frage zu bejahen? Man mache die Anwendung von dieser Instanz auf die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen, und der Punct, worauf es bei der Prüfung meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung lediglich ankommt, wird durchaus klar; und mithin diese über jeden Zweifel gerechtfertigt seyn.

Hätte also der König von Preussen den Marsch der Franzosen durch sein Reichsgebiet — das Hildesheimische — fortdaurend verweigert, so würden alle Befehle, welche nicht von der Kurbraunschweigischen Regierung erlassen sind, Steuern zu zahlen, im Grubenhagenschen und Göttingschen nie gegolten haben. Jeder Unterthan wäre folglich schuldig gewesen, ihnen nicht zu gehorsamen, und so wäre die einstweilige Trennung der Calenbergischen Landstände von den Grubenhagenschen und Göttingschen von selbst erfolgt.

Das Gegentheil zu behaupten, wie der Syndicus Zwicker auf der 9ten und 10ten Seite seiner Druck-

schrift *) thut, ist nicht zu entschuldigen. Hätten auch die Landstände, um einen Marsch der Franzosen durch das Hilbesheim'sche nachgesucht, damit diese in den Stand gesetzt wären, in die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen zu bringen, so würde diese Bitte ein Staatsverbrechen, und diejenigen, welche sie gewagt hätten, würden Hochverräther gewesen seyn. Die Widersetzlichkeit gegen Hochverrath, worauf die Weigerung der Grubenhägenschen und Göttingschen Unterthanen, französische Steuern vor dem Anfange des Monats October 1803 zu zahlen, doch endlich hinausgeht, ist Unterthanen-Pflicht und Staatsbürgerliche Tugend. Hätte sich übrigens Anarchie, (eine bekannte Schreckens-Phrase, derer sich diejenigen zu bedienen pflegen, welchen einen Widerstand gegen ihre Willkührlichkeiten finden) oder Ungehorsam und Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeiten im Grubenhägenschen oder Göttingschen gezeigt, welchen Zustand ich mir nicht einmal, als möglich, denken kann, und der auch nicht existirt hat, so war der König von Preussen, Reichsverfassungsmäßig, dazu berufen, Ordnung zu gebiethen, und sie mit gewaffneter Hand aufrecht zu erhalten. **)

*) E. Zwicker Ueber die Befugniß des Calenberg-Grubenhägenschen Landes-Deputations-Collegii 2c.

**) E. Meine Abfertigung des v. Heidemanschen Jurufs 2c. S. 33 u. 34.

IV.

Die Besetzung des Fürstenthums Grubenhagen und eines Theils des Fürstenthums Göttingen durch französische Truppen ist also, bewiesener Maßen, keine Folge der Sulinger, oder der Elb-Convention. Sie gründet sich einzig und allein in der, von dem Könige von Preussen dem General Mortier, in der letzten Hälfte des Monats September 1803, ertheilten Erlaubniß, sich dieser beiden Theile des teutschen Reichs bemächtigern zu dürfen.

Der Verfasser der Druckschrift:

„Prüfung meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung 2c.“

— ein gelehrter-konfuser, und mit der Logik überall nicht vertrauter Kopf *) — unterstützt diese, meine Meinung

*) Man sehe gefälligst die Note zur zweiten Seite der angegebenen Druckschrift nach, welche das eben Behauptete hinlänglich bewahrheiten wird. Die dort gezogene Conclusion paßt zu den Prämissen, wie die Faust auf's Auge. In dem Vorderfage werden alle Vorschritte des Königs von Preussen in meinem Reichsgerichtlichen Dienstentsetzungs- und Achtungs-Proceß angeführt, und in dem Untersatz gesagt, daß mir dennoch nicht geholfen worden sey. Aus beiden Vorderfagen concludiret der prüfende

durch die, von ihm Seite 14 und 15 seines Flugblattes angeführten Thatfachen, welche sie aufs vollkommenste bestätigen. Nur darin hat er völlig unrecht, wenn er S. 13. behauptet, daß den Hannöverschen Truppen der Durchmarsch durch die Preussischen Staaten erlaubt worden sey. Es kann bewiesen werden,

daß er dem Hannöverschen Jäger = Corps in den ersten Tagen des Monats Junius 1803 verweigert worden sey,

obgleich Kurbrandenburg, sowohl in Gemäßheit des teutschen Reichs = Verbandes, als besonderer Verträge *) wegen, ihn nicht hätte verweigern dürfen. Trägt man nun, wie es zugegangen sey, daß der General Mortier die Erlaubniß des Preussischen Hofes erhalten habe, eine Abtheilung der französischen Truppen durch das

Logiker, daß von der Gerechtigkeitsliebe des Königlich = Preussischen Hofes wenigstens so viel mit Gewisheit zu schließen sey, daß ich meiner Dienste im Hannöverschen mit Recht entsezt worden wäre (!!!) Dabei wird inzwischen auf der dritten Seite ein Wink gegeben, daß mein Reichsgerichtlicher Proceß, während der französischen Besetzung des Hannöverschen, vielleicht hätte beendet werden können. (???)

*) S. Willich Auszug aus den Kurfürstlich Braunschweig = Lüneburgischen Landesgesetzen und Verordnungen. 1 Band. S. 620 und folgende.

Kurbrandenburgische Fürstenthum Hildesheim marschiren zulassen, um das Fürstenthum Grubenhagen und einen Theil des Göttingischen bis Nordheim militairisch zu besetzen, so ist die Antwort auf diese Frage folgende:

Es entstand am zwölften September 1803, bei Gelegenheit der Werbung für die französisch-Hannöversische Legion, in Osterode, einer Stadt im Grubenhagenschen, ein Auflauf. In diesem wurden der französische Werbe-Capitain Herrmann, und mehrere französische Soldaten von einigen, auf sie erbitterten, Kurbraunschweigischen Militair-Personen sehr gemißhandelt. *) Sobald dieser gewiß sehr zu mißbilligende Vorgang dem General Mortier gemeldet worden war, wollte er denselben ahnden, und daher einen Theil der französischen Truppen, welche er commandirt, nach Osterode detachiren, d. h. eine Straf-Colonne (Colonne de punition) in Bewegung setzen. Allein wie diese Truppen-Abtheilung, eine Stunde vor der Königlich-Preussischen Stadt Elze, in Hildesheim eingetroffen war, erhoben sich politische Schwierigkeiten, welche der Fortsetzung ihres Marsches durch das Kurbrandenburgische Gebiet im Wege standen. Der

*) S. den Steckbrief der Hannöversischen Justiz-Kanzley vom 22sten September 1803 in den Hannöversischen Anzeigen vom Jahr 1803. No. 77. S. 2239.

vorsichtige französische General Mortier sah sich also in die politische Nothwendigkeit gesetzt, zuvörderst einen Courier nach Berlin zu senden, — das zu Osterode Vorgefallene zur Wissenschaft des Königlich-Preussischen Rabinets-Ministerii zu bringen — und daher eine Gelegenheit herzunehmen, um darum nachsuchen zu können, daß einem Theile der französischen Truppen der erbetene Marsch durch das deutsche, Preussische Gebiet gestattet werden mögte, damit die Stadt Osterode für die, der französischen Nation erwiesene Beleidigung von französischen Truppen gezüchtigt werden könnte. Die erbetene Erlaubniß ward von dem Könige von Preussen zu dem angegebenen Zweck ertheilt. Diese militairische Offupirung des Fürstenthums Grubenhagen und eines Theils vom Fürstenthum Göttingen bis Nordheim ist also einzig und allein wegen der Mißhandlung des französischen Militairs in Osterode, (einer Stadt, drey Stunden von Nordheim belegen,) erfolgt. Sie ist folglich so wenig durch dasjenige veranlaßt worden, was in dem von Hedemannschen Appellations-Bogen, S. 5, *) ganz

*) Der Hofrath Patje — ein Mitglied der französischen Executiv-Commission — also ein vollgültiger Zeuge — lobt in seinem Flugblatte „Eine Anmerkung zu den vielen Schriften über die Hannoverschen Angelegenheiten ganz besonders die Druckschrift,

Wahrheitswidrig, vorkömmt, als daß jene militairische Besetzung eine Folge meiner öffentlichen Erklärung und hienächstlichen Verwahrung gewesen seyn sollte. Denn ich

welche den Titel führt: „Einiges zur Vertheidigung des Kurfürstenthums Hannover und seiner Einwohner gegen falsche Darstellungen.“ Eine Druckschrift, welche in den entgegengesetzten Fehler der Broschüre: „Gedanken eines Hannoveraners 2c.“ und des wichtigen Werkes: „Berichtigungen des öffentlichen Urtheils 2c.“ fällt, weil sie alles Geschehene lobt, und also, bei allem Wahren und Gründlichen, was sie in sich schließt, eben so wenig, als jene Oppositionsschriften, auf Unpartheillichkeit Anspruch machen darf. In dieser Druckschrift heißt es nun S. 49: „Es habe sich, bei dem Einmarsch feindlicher Truppen, nirgends Unordnung und bittere Widerseßlichkeit gegen ihre Obern gezeigt,“ und Seite 57 wird behauptet: „Auch nicht an einem Orte ist die Ruhe und Ordnung der öffentlichen Verwaltung unterbrochen. Kein Beamter ist geflohen, weil ihm sein Gewissen gesagt hätte, daß er unter dem Schutze einer zu milden Regierung die Unterthanen gebrückt, oder seine sonstigen Pflichten verabsäumt hätte. Keiner ist durch öffentlichen Aufstand mißhandelt.“ Der appellirende Herr von Hedemann findet hierin die beste Widerlegung seiner Behauptungen. Wer übrigens appelliret, der gesteht dadurch selbst, daß er ein Erkenntniß gegen sich habe. Ich unterwerfe mich gerne dem allein unbestechbaren Richter, dem Ausspruche des gebildeten Publicums.

habe diese eben zu der Zeit geschrieben, als sich der, mir damals unbewußte Vorgang in Osterode ereignet hatte. Wenn daher der Geheime Kanzley-Secretair Rehberg, sein Anhänger von Hedemann, *) und die anonymen Verfasser der gegen mich erschienenen Flugblätter mit einem, ihrem Patriotismus gewiß wenig Ehrbringenden Selbstgeföhle, sagen, der General Mortier hätte meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung am besten widerlegt, so ist dieses, gegen mich gebrauchte, zweite Argument in eben dem Grade unwahr, in welchem es ihnen, da sie doch Deutsche seyn wollen, die größte Schande macht. Sie setzen nämlich an die Stelle des Rechts und der daraus folgenden Rechtmäßigkeit (II. III.) die Gewalt. Wer kann aber einer solchen Dialektik (Art zu schließen) huldigen?

*) Er gesteht in seiner Appellation S. 4., „daß ihm der Ober-Sicent-Inspector Rehberg ein Sicent-Commissariat übertragen habe.“ Hieraus wird man weiter richtig schließen können, ohne daß ich nöthig haben sollte, die Schlußfolge herzusetzen.

V.

So verwerflich demnach der zweite Grund, welchen die Gegner meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung mir entgegen gesetzt haben, und der von der Gewalt gegen das Recht der teutschen Reichs-Verfassung (Konstitutions-Recht) entlehnt ist, einem jeden vernünftigen Menschen einleuchten wird, eben so wenig zutreffend bleibt das, gegen mich angezogene dritte Argument, welches aus dem Erfolge meines Betragens hergenommen wird. Wie würde ich nicht von dem Landesherren und von den Unterthanen, ja, ich will es zur Ehre des Herrn von Hedemann glauben, von ihm selbst gelobt worden seyn, wenn der König von Preussen bey seiner, bis in die letzte Hälfte des Monats September 1803, fortgesetzten Reichsconstitutionsmäßigen Verweigerung, einer armirten französischen Truppen-Abtheilung den Marsch durch sein Reichs-Gebiet — das Hildesheimische — zu gestatten, geblieben, und durch die Einrückung eines Theils seiner Truppen in das Fürstenthum Grubenhagen Ruhe und Ordnung in Osterode geboten und hergestellt hätte. Hierzu war er völlig berechtigt. Auch hätte der französische General Mortier die eclatanteste Satisfaction für den, zu Osterode sich

ereigneten Vorgang erhalten, wenn er sie dem Berliner Kabinetts = Ministerio schuldig gewesen wäre. Mache ich mir, nur nach den, von mir in meiner Abfertigung des von Hedemannschen Zuruß von Seite 28 — 38 angegebenen Gründen, welche ich, durch das oben (II und III) Gesagte noch zu verstärken bemüht gewesen bin, die Hoffnung, daß der König von Preussen wenigstens der Retter zweier Provinzen der Kurbraunschweigischen Staaten seyn würde, so darf ich dreiste fragen: ob ich in dieser Voraussetzung unrecht dachte, und in meinem, daraus folgenden Betragen, tadelnswürdig handelte? Einem Deutschen — einem Kurbraunschweigischen Landstande — ziemet nichts mehr, als mit voller moralischen Energie, in den genauen Schranken der deutschen Reichs- und der Calenberg = Göttingischen Territorial = Verfassung zu bleiben.

Ich habe solchergestalt stets gehandelt; mich aber nie zu der Verfassungswidrigen, ganz excentrischen Höhe geschwungen, worauf die Kurbraunschweigischen Landstände hinaufgeschroben seyn sollen. Ich werde dieses sofort beweisen. Gegen deutsche Reichs- und Kurbraunschweigische Territorial = Verfassung habe ich durch meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung nicht gefehlt. Ich habe sie vielmehr genau beobachtet. Keiner hat mir ihre Ueberschreitung, oder ihre Hintansetzung beweisen können, und keiner wird, den Beweis von beiden

zu führen, je im Stande seyn. Ich bin also auf der Linie der Rechtmäßigkeit geblieben. Wer darauf stehen bleibt, der braucht sich über den Erfolg seiner Aeußerungen und Handlungen nicht — zu bekümmern. Denn die Constitution ist das Richtscheit von beiden. Der denkende, gerechte und billige Mann beurtheilet nach der Staats-Verfassung seines Vaterlandes die Aeußerungen und Handlungen seines Mitbürgers. Der sinnliche Mensch — der Pöbel — entscheidet dagegen über beide nach ihrem Erfolge. Verdien' ich also wohl die hämische Versifflage, wozu der Herr Rehberg den Ton angegeben hat, wenn er schreibt:

„Hätte man in Berlin von meiner Protestation nur
 „eher Kenntniß gehabt, so würde man von Preuss-
 „scher Seite den Durchmarsch der Franzosen ins
 „Göttingische nicht verstattet haben — ich hätte ja
 „die Preussischen Minister nun belehrt, daß dadurch
 „die Neutralität des Königes von Preussen gegen
 „das Kurfürstenthum verletzet sey, und daß also
 „die Preussische Monarchie, wenn Hannover wieder
 „in den vorigen Stand gekommen sey, üble Folgen
 „zu befürchten habe.“

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit 2c. S. 8. 9. Ueber die Befugniß
 des Calenberg-Grubenhägenschen Landes-Deputations-Collegii S. 7.

Wen trifft eigentlich dieser Spott? Können denn die Herrn in Hannover ihren Verfassungswidrigen Unwillen gegen diejenige Macht, welche ihr Vaterland, während der französischen Revolutionswuth, recht väterlich schützte, noch nicht unterdrücken? Fühlen sie es noch nicht, welcher großer Unterschied zwischen einer schützenden Preussischen Okkupation und einer verzehrenden französischen Einnahme der Kurbraunschweigischen Staaten sey? Von welchem Tribunale der civilisirten Welt ist jemals der Ausspruch erfolgt, daß derjenige, welcher, in Gefolge der Staats-Verfassung seines Vaterlandes, einen Theil desselben vor einer feindlichen Invasion und vor ihren Folgen zu bewahren suchte, — der gegen seinen Landesherrn seine Pflicht als Landstand erfüllte — und der, in Rücksicht seines Lehnherren, seiner Vasallen-Verbindlichkeit getreu war — ein Volksaufwiegeler sey, und daher für strafbar erachtet werden könne? Meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung enthält alle die eben hergesehten, auf mich passenden Prädikate, und dennoch klagt der berühmte Geheime Canzley-Secretair Rehberg und sein Anhang mich als einen Volksaufwiegeler und Aufruhrsprediger an. Keine Beschuldigung kann zugleich lächerlicher und verwerflicher seyn, als diejenige ist, welche ich der Beurtheilung des gebildeten Publikums eben vorgelegt habe.

VI.

Das vierte Argument, dessen sich diejenigen bedienen, welche meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung angreifen, ist dahin gerichtet, daß, da die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen mit dem Fürstenthum Calenberg zu einer Landschaft uniret wären, sie dessen widriges Schicksal mit zu theilen, und folglich die darin ausgeschriebenen Kriegslasten mit zu tragen hätten. *) Ich bin diesem leichten Einwande, nicht nur in meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung S. 14. schon zuvorgekommen, sondern ich habe ihn vollends oben (III); besonders aber durch die eigenen Worte des Königes von Preussen, Friedrich des Einzigen, gänzlich abgeferiget. **) Da diese, weil sie mit der gesunden Vernunft und dem, daraus folgenden all-

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit, S. 13 und 14. Prüfung meiner öffentlichen Erklärung u. S. 23 u. 24. Zwei Briefe über die Hannöverische Litteratur S. 27 u. 28.

**) S. Meine Abfertigung des von Hedemannschen Jurufs S. 40 und 41; auch 43, wo der Druckfehler 3. 6. v. o. dahin zu verbessern ist, daß man statt Mög., Unmöglichkeit lesen muß.

gemeinen Staatsrechte völlig übereinkommen, wohl etwas mehr gelten werden, als dasjenige, was einige Rehberg'sirende Hannöverische Advokaten geschrieben haben, so beziehe ich mich, zur Niederschlagung des, gegen mich hervorgesuchten vierten Arguments, auf diese starken Gründe, mit folgender, eben so wichtigen Bemerkung, Sie ist dahin gerichtet: daß es hier nicht sowohl auf die Kurbraunschweigische Territorial-, als vielmehr auf die deutsche Reichs-Verfassung ankomme. Nach dieser sind die Fürstenthümer Grubenhagen, und nunmehr auch Göttingen, *) völlig separirte Reichslande von dem Fürstenthume Calenberg. In unserm deutschen Vaterlande gibt es aber ein doppeltes Verhältniß. Das oberste ist das zu Kaiser und Reich, und das diesem untergeordnete, das des Landesherren zu den Unterthanen und der Unterthanen und Landstände zu ihrem besondern Regenten. Wenn letzteres auch eine Zeitlang unwirksam wird, so bleibt dennoch das erstere gegründet. Nach diesem ist meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung zu beurtheilen. Das Territorial-Verhältniß wird alsdann nur erst wieder anwendbar, wenn das Hinderniß gehoben ist, welches verursacht hat, daß es bisher unwirksam seyn mußte.

*) S. Zeiß Lehrbuch des deutschen Staatsrechts. S. 191. No. 96.

Ich hoffe die, wider meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung gemachten Einwürfe sämmtlich widerlegt zu haben. Ihre Rechtmäßigkeit — und dieser Punct ist doch nur der einzige, worüber ein Streit denkbar bleibt — kann folglich nicht bezweifelt werden. Diesemnach sind alle Folgen, die sich aus derselben ergeben, und die ich in meinen bisherigen Ausführungen *) entwickelt habe, nach der Logik, völlig Gesetz- und Verfassungsmäßig. Mit der Faust, mit Schimpfworten, mit einer hämischen Konsequenz-Macherey, und mit einer elenden Verfißlage wird nichts berichtigt, nichts bewiesen. Dabin gehören aber die von Hedemannschen Vogen, das Rehbergische Wort zu seiner Zeit &c., die Wietersche Prüfung meiner öffentlichen Erklärung &c., die pasquillantischnen Zwey Briefe über die Hannöverische Litteratur &c., die Kritik **) der in Beziehung auf das von den

*) S. Meine öffentliche Erklärung &c. S. 18—46. und Meine Abfertigung des von Hedemannschen Zurufs &c. S. 15—27. S. 43 und S. 58—60.

**) Dieser Recensent hat gar keine Begriffe von Kritik: er theilt und widerlegt keinen einzigen der von mir angeführten Gründe, sondern zieht bloß gegen meine Person zu Felde. Eine erbärmliche Kritik! Seine Recension wird das Schicksal treffen, welches er S. 10 anführt, nemlich in vier Wochen in den Läden der Krämer gefunden zu werden.

Neufranken offkuppirte Kurfürstenthum Hannover erschienenen Flugschriften, und die in einen rosenfarbenen *) Umschlag geheftete Druckschrift, welche man dem Syndicus Zwicker zuschreibt, und die den Titel führt:

Ueber die Befugniß des Calenberg-Grubenhägenschen Landes-Deputations-Collegii bei jeziger Offkupation des Landes.

Ich werde durch dieses Flugblatt, durch die Druckschrift: Prüfung meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung 2c. und durch die oben (VI) hergesezte Bemerkung von selbst auf die Beantwortung einer wichtigen Frage des teutschen Staatsrechts geleitet, die durch die französische Offkupation der Kurbraunschweigischen Lande entstanden ist, und welche mit dem Völkerrechte genau zusammenhänget.

*) Die Rosen-Farbe schickt sich nicht zu dem Zustande des Hannoverischen Landes, sondern nur zu dem Frohgefühl des Verfassers der Druckschrift: Ueber die Befugniß 2c. Woher mag wohl dieses entstanden seyn?

Beantwortung der Frage:

W e r d a r f

die Unterthanen der Kurbraunschweigischen Staaten,

während der

französischen Okkupation derselben,

mit

R e c h t s b e s t a n d e b e s t e u e r n ?

VII.

Ich mag der Beantwortung dieser Frage, entweder das Dispositive der Eulinger Convention, oder das Recht der Eroberung unterlegen, so folgt aus der ersteren, wie aus der letzteren Quelle ganz unwidersprechlich, daß die höchste Gewalt im Hannöverschen, und das daraus fließende untheilbare Besteuerungs-Recht der Kurbraunschweigischen Unterthanen dem General Mor- tier, als dem legitimen Repräsentanten des französischen

Volks, ganz allein, und zwar in nachstehender Maaße bisher gebühret habe, und daß ihm dieser wichtige Theil der höchsten Staatsgewalt (souveraineté), noch jetzt, leider! ausschließungsweise einer jeden andern politischen und gesetzgebenden Behörde (pouvoir législatif), zustehet. Er konnte das Impositions- und Taxations-Recht der Einwohner des Kurfürstenthums Hannover 1) seit dem dritten Junius 1803, in allen Theilen der Kurbraunschweigischen Staaten, jedoch mit dem Ausschluß des Herzogthums Lauenburg, der Fürstenthümer Göttingen und Grubenhagen und derjenigen Orter, die von neutralen Reichs-Territorien umschlossen sind, als z. B. das Lüneburgische Amt Altdzse, die Grafschaft Hohnstein, und das Calenbergische Stift Marienrode sind, ausüben. Mit dem fünften Julius 1803, als dem Tage der geschlossenen Elb-Convention, hatte er 2) gleiche Berechtigung im Lauenburgischen, und dasselbe Recht entstand 3) für die französische Nation, für ihren legitimen Repräsentanten, den Ersten Consul der französischen Republik, und seinen Stellvertreter, den General Mortier, in den Fürstenthümern Grubenhagen, Göttingen, und in den, von neutralen Staaten umschlossenen Hannoverschen Ortschaften, erst an dem Tage, und keinen Augenblick früher, an welchem die Regenten der neutralen Länder einem Theile der französischen Armee von Hannover den Marsch durch dieselben gestattet hatten, um

in die benannten Fürstenthümer und die bezeichneten Graf- und Ortschaften mit der Gewalt der Waffen zu dringen. Diese Wahrheit kann um so weniger bezweifelt werden a) da der Erste Consul der französischen Republik bekanntlich die Eulinger Convention für null und nichtig erklärt hat; mithin aus derselben nicht weiter argumentirt werden kann, und b) da es ein ausgemachter, keines weitem Beweises bedürfender Grundsatz ist, daß das Recht der Eroberung sich nicht weiter erstreckt, als wohin der Sieger mit seiner Executions-Gewalt zu gelangen im Stande ist. Wo dieser politische Hindernisse im Wege stehen, da existirt kein Recht der Eroberung. Dasjenige, was ich bisher behauptet habe, ist so klar, so evident, daß die Anmaßung meiner Gegner:

„daß den Kurbraunschweigischen Landständen, nach
 „dem Eintritt der, von mir in drey distincten Sätzen
 „angegebenen Epochen, ein Besteuerungs- und
 „Beschätzungs-Recht der Hannöverschen Unterthanen
 „gebühre,“

mich in nicht geringe Verwunderung gesetzt hat. Nichts kann ungegründeter — nichts kann strafbarer, als diese Behauptung seyn. Ich will sie, nach einer gedoppelten Rücksicht, erwägen, und die, ihr beigelegten Prädikate logisch-staatsrechtlich bewahrheiten.

VIII.

Meine erste Erwägung nehme ich von der moralischen Person des Eroberers her, so wenig mich auch das Recht desselben interessirt. Hier werde ich mich also kurz fassen können. Meine Ansicht ist folgende: Das souveraine französische Volk hat, da 34 Millionen Menschen das, ihnen zustehende Recht der höchsten Staatsgewalt nicht in Masse exerciren können, es dem ersten Consul der französischen Republik ausdrücklich übertragen, und dieser hat dasselbe dem General Mortier im Hannöverschen, vermöge des Rechts der Eroberung, eben so ausdrücklich delegirt. Wenn daher die Hannöversischen Landstände das Recht der höchsten Staatsgewalt, — und ein Theil derselben ist doch das Besteuerungs-Recht der Kurbraunschweigischen Unterthanen — vermöge der, sich auf diese Art geeigneten legislativen Gewalt, ausüben wollen, so begehen sie, wenn anders richtige Begriffe des allgemeinen Staatsrechts und der Logik noch etwas gelten, offenbar ein Attentat gegen die Souveränität des souverainen französischen Volks. Allein der französische General Mortier hat den Kurbraunschweigischen Landständen, ihren Ausschüssen, — sie mögen engere, oder größere genannt werden, — oder ihren De-

putationen, welche, was wohl zu merken ist, keine administrative, sondern politische Auctoritäten sind, *) die schlechterdings zur gesetzgebenden Gewalt im Hannöversischen gehören, die Befugniß, die Kurbraunschweigischen Unterthanen mit Steuern zu belegen, nicht zugestanden, da er ihnen ein Beschagnungs-Recht derselben durchaus nicht einräumen konnte. Denn er durfte mit ihnen die höchste französische Staatsgewalt nicht theilen, oder sie, durch ihre Mitwirkung, einschränken lassen. Die Sulinger Convention läßt über diese staatsrechtliche Wahrheit, so wenig, als das merkwürdige Schreiben des Generals Mortier an die Herrn Mitglieder der Hannöversischen Landstände vom 15ten Fructidor, Jahr II (2ten Septbr. 1803 **) irgend einigen Zweifel zurück. Nach dem vierzehnten Artikel jener diplomatischen Ueber-

*) Die administrative Behörde der Kurbraunschweigischen Landstände sind die Schatz-Collegia (Steuer-Collegia); s. den Hannöversischen Staats-Kalender vom Jahr 1803. S. 61. 67 und 75. Diese Schatz-Collegia unterscheiden sich von den Landständen eben so, wie die gesetzgebende und regierende Staatsgewalt von der administrativen unterschieden ist.

**) S. Prüfung der öffentlichen Erklärung etc. S. 31 u. 32. Auch Journal Minerva, 1803, September-Stück, S. 513 u. 514.

einkunft, soll sich die Hannöverische Regierung aller Macht = Ausübung in dem ganzen, von den französischen Truppen besetzten Lande enthalten. In dieser Stelle der Sulinger Capitulation sind die Theilnehmer an dieser Macht = Ausübung nothwendiger Weise mitbegriffen, weil dasjenige, was vom Ganzen gilt, auch von allen seinen einzelnen Theilen gelten muß, und weil man dasjenige nicht indirecte thun darf, was man directe zu thun nicht mehr ermächtigt ist. Hörte die gesetzgebende und regierende Gewalt der Hannöverischen Regierung auf, so hatte, mit diesem Ruhestande, auch die politische Existenz der Kurbraunschweigischen Landstände ihre Endschafft erreicht, und ihr Mitwirkungs = Recht zur Ausübung der höchsten Staatsgewalt in den Kurbraunschweigischen Landen war gleichmäßig suspendirt, man mag den Hannöverischen Landständen, entweder ein Koimperium, oder eine Beschränkungs = Befugniß der höchsten Staatsgewalt in den Kurbraunschweigischen Staaten einräumen. In dem Schreiben des Generals Mortier, vom 2ten September, 1803, an die Mitglieder der Hannöverischen Landstände werden sie, selbst in dem Fall, wenn sie auf ihre Administrierte neue Contributionen zu legen, rathsam erachten sollten, bloß Landesadministratoren genannt. Der französische General hat also die Kurbraunschweigischen Landstände nur für eine verwaltende Behörde angesehen. Er hat sie ausdrücklich dafür erklärt.

Eine gesetzgebende Gewalt ist ihnen folglich nie beigelegt, oder erhalten worden. Diese konnte ihnen auch nicht zugestanden werden. Ihre Bestätigung, als Gesetzgeber war durchaus unmöglich. Denn es gibt nur Kurbraunschweigische; aber keine Mortiersche, Bonapartische und französische Landstände in diesem Theile unsers großen Vaterlandes. Solchergestalt und nicht anders muß das Arrêté des Generals Mortier vom 22sten Jun. 1803 verstanden werden. Gleich im ersten Artikel desselben heißt es ausdrücklich:

die höchste Gewalt des Gouvernements wird von dem General en Chef ausgeübt.

Diese gibt aber nur Steuer-Gesetze. Zudem erhielt jenes noch dadurch eine ganz andere Ansicht, daß die Eulinger Convention, sowohl von der französischen Regierung, als von dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg für null und nichtig erklärt worden war. Es bleibt mithin das Recht der Eroberung einzig und allein zu berücksichtigen. Nimmt man also sein Absehen auf die moralische Person des Eroberers, so ist es klar, daß den Kurbraunschweigischen Landständen keine Besteuer- und Besatzungs-Befugniß der Hannöversischen Unterthanen gebühren könne.

IX.

Dieser Behauptung treten noch weit wichtigere Gründe zur Seite, die aus der Beschaffenheit der Hansnöverischen Landstände selbst hergenommen werden müssen. Diese machen meine zweite Erwägung bei der Beantwortung der von mir aufgestellten ersten Frage aus. Teutsche Landstände sind mit der moralischen Person des monarchischen Regenten eines teutschen Reichslandes, wenn beide unter sich nicht in Streit gerathen und also diesen Reichsjustiz-Verfassungsmäßig beendigen müssen, unzertrennlich verbunden. Sie verhalten sich, Einer zu dem Andern, wie sich das Licht zum Schatten, oder sich der Schatten zum Licht — wie sich der Leib zur Seele, oder die Seele zum Körper verhalten. Sie sind Korrelate. Auf dem Regenten und den Landständen haftet in den Reichslanden, in welchen Landstände sind, die Landes-Repräsentation; nicht auf dem Landesfürsten (princeps der Erste, der Würderste) allein; nicht bloß auf den Landständen; nein! auf beiden collective, d. i. zusammengenommen. Beide werden und müssen für ein Ganzes angesehen werden. Das ist überhaupt der Karakter der beschränkten Monarchie, die in Teutschland noch besonders dem Kaiser und Reiche, d. i.

dem Reichs-Regimente untergeordnet bleibt. Sie wird daher mit vollkommenstem Rechte in der Kunstsprache *monarchia limitata et subordinata*; inde *incompleta* genannt. Dieser Regierungsform haben sich die Unterthanen, oder wenn man dieser Benennung, den Ausdruck das Volk vorzieht, unterworfen. Sie macht den gesellschaftlichen Vertrag aus, welchen der Regent so wenig, als die Landstände, oder die Unterthanen zu verändern befugt sind. Ja es ist nicht zu bezweifeln, daß der Landesherr, die Landstände und Unterthanen eines deutschen Reichslandes nicht einmal ermächtigt sind, ohne Zustimmung der Reichs-Regierung, statt der bestehenden Territorial-Verfassung eine andere Landes-Constitution einzuführen, als z. B. statt einer monarchischen, eine republikanische zu belieben, und um ein specielleres Exempel anzuführen: im Herzogthum Mecklenburg, mit Entfernung des Herrn Herzogs, ein republikanisches Regiment — es sey nun von aristokratischer, oder demokratischer Beschaffenheit — zu konstituiren. Die erste Regierungsform würde nämlich statt finden, wenn die Mecklenburgischen Landstände das Gouvernement des Mecklenburgischen allein besorgten, und die letztere würde angetroffen werden, wenn Deputirte aus der ganzen Masse der Mecklenburgischen Unterthanen, oder des Mecklenburgischen Volks gewählt wären, und sich diese zu einem regierenden, oder gesetzgebenden Körper organi-

sirt hätten. So bald sich also die Landstände, oder die Unterthanen in einem teutschen Reichslande, die Regierung, mit Ausschluß ihres Landesherrn, anmaßen, gehen sie von der monarchischen Regierungsform zu einer republikanischen über. Sie beleidigen dadurch den bestehenden Staatsvertrag. Das heißt mit andern Worten, sie lassen eine Revolution statt finden. Diesem nach, kann es nicht verkannt werden, daß, sobald der Regent eines teutschen Reichslandes durch eine solche feindliche Invasion, wie die der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen ist, (*occupatio bellica*) in der Ausübung seiner Regentenfunction behindert worden sey, seine Landstände es eben so sehr sind, als er es selbst ist. Ihre Unwirksamkeit kann, in einem solchen Fall, nicht bezweifelt werden. Ja es ist ihre Pflicht und Schuldigkeit, sich als völlig unwirksam zu betragen, und diese ihre Unwirksamkeit dem Eroberer zu erklären. Denn, lassen sie sich von demselben, als Landstände — wie eine politische, gesetzgebende Behörde — gebrauchen, so billigen sie, durch ein solches Betragen, nicht nur den feindlichen Ueberzug ihres Regenten, sondern sie entfernen sich auch von demselben, und werden Landstände des Feindes. Teutsche Landstände sind ferner, da sie eine politische Behörde ausmachen, und zur legislativen Staatsgewalt mit gehören, nicht befugt, sich in ein Verwaltung-Collegium umzuschaffen, oder sich in eine ab-

ministrative Gewalt verwandeln zu lassen. Denn diese Handlung würde einen, den Rechten der Unterthanen zuwider laufenden Schritt, ausmachen. Diese sind nemlich befugt, die Landstände, nicht als bloße Verwalter des Staats, sondern als Mitgesetzgeber desselben, anzusehen. Diese Gründe werden hoffentlich die Ueberzeugung gewähren, daß, wenn ein deutscher Landesherr in seiner Regentenfunction behindert ist, seine Landstände gleichmäßig unwirksam bleiben, und es seyn müssen.

X.

Ich sehe auch nicht ein, daß mit dieser, durchaus richtigen Theorie des teutschen Staatsrechts irgend eine Gefahr für die Unterthanen verbunden seyn könne. Wir haben ja in Teutschland ganze Reichs-Territorien, wo es gar keine Landstände gibt, wie z. B. im Kurfürstenthum Baaden. Diese Reichslande haben sich aber, bei der Okkupirung der Franzosen in ihrem Revolutions-Kriege, besser, als diejenigen teutschen Provinzen befunden, worin Landstände in der vollkommensten Wirksamkeit sind, als z. B. im Wirtembergischen. Meine Meinung über die temporelle Unwirksamkeit deutscher Landstände,

wenn ihr Landesherr durch eine feindliche Okkupation seiner Staaten in seinem Regentenamte suspendirt ist, läuft aber ganz parallel mit der Staatseinrichtung eines deutschen Territoriums, in welchem gar keine Landstände vorhanden sind; daher sich von dem einen auf den andern Zustand, nach der Logik, richtig schließen läßt. Man mache von dieser, bisher vorgetragenen, und so wenig nach dem allgemeinen, als nach dem deutschen Staatsrechte zu bezweifelnden, Theorie die Anwendung auf die Kurbraunschweigischen Landstände und auf ihr Benehmen bei Gelegenheit der französischen Okkupation des Hannoverschen. Ihre Pflicht und Schuldigkeit war es unstreitig, sich, nach der Beschaffenheit der, von mir oben (VII) angegebenen Okkupations-Perioden der Kurbraunschweigischen Lande, für völlig unwirksam zu halten, und diese ihre verfassungsmäßige Unwirksamkeit dem Eroberer zu erklären; mithin die moralische Unmöglichkeit anzuziehen, Steuer-Verordnungen, oder Ausschreiben zu erlassen, und allgemeine Landes-Schulden zu contrahiren. Der Eroberer selbst hätte sie, bei dieser ihrer Weigerung, schätzen müssen. Nur die Schatz-Collegia, welche nichts anders, als Steuer-Rechnungs- und Verwaltungs-Behörden sind, hätten allenfalls wirksam bleiben können, da ihnen eine politische Existenz und gesetzgebende Staatsgewalt so wenig, als den übrigen obern und untern Justiz- und Finanz-Verwaltungs-Collegiis, Aemtern und

Gerichten der Kurbraunschweigischen Staaten gebühret. Aus einem solchen Landständischen Betragen wäre, zu Abfertigung des Rehbergischen Gemeinplatzes, *) keine Anarchie gefolgt. Diese würde sich eben so wenig in den Kurbraunschweigischen Landen gezeigt haben, als sie in den Kurbaadenschen Staaten, während der französischen Okkupation derselben, zu bemerken gewesen ist. Die Furcht vor dem Feinde ist ein mächtiges Mittel gegen Zügellosigkeit der Unterthanen. Sie kann daher vernünftiger Weise nicht befürchtet werden. Auch bleibt diese Schreckens-Phrase in Deutschland ganz unanwendbar, weil die deutsche Reichs- und Kreis-Verfassung, so sehr sie auch bekritlet wird, doch gegen Anarchie kräftig schützt. Waren die Kurbraunschweigischen Landstände, der That nach, nicht vorhanden, weil sie Verfassungsmäßig unwirksam seyn mußten, und diese ihre pflichtmäßige Unwirksamkeit dem Eroberer pflichtschuldigst zu erklären verbunden waren, so mußten die administrativen Behörden und Obrigkeiten für die Befriedigung der französischen Forderungen auf dieselbe Art sorgen, wie es in andern Ländern von Deutschland geschehen ist, worin die Franzosen mit der Gewalt ihrer Waffen gedrungen sind. Diese würden für das Beste der Unterthanen, welches

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit II. S. 15.

sie zu befördern, eiblich angelobt haben, eben so gut, als die nicht vereideten Kurbraunschweigischen Landstände zu Hannover gesorget haben. Von diesen hat das Publikum überhaupt keine sonderlichen Begriffe. Man beschuldigt sie, wenigstens in Rücksicht der Verganzenheit, daß sie mehr ihr Privatinteresse, als den Nutzen des ganzen Landes vor Augen gehabt hätten. Sie sind auch zum Theil Mitglieder von Verwaltungs-Beörden, in Ansehung derer der General Mortier, sowohl nach dem neunten Artikel der Sulinger Convention, als nach dem Recht der Eroberung, eine jede, ihm dienlich scheinende Veränderung treffen konnte. Wollten sie also ihre Besoldungen erhalten, so mußten sie sich wohl den Anträgen des Generals Mortier in allen Stücken fügen. Hierbei ist auch noch zu erwägen, daß die Diäten für die sogenannte Landesdeputirte, die jedoch keiner in der Absicht deputirt hat, um mit dem französischen Gouvernement zu unterhandeln, da sie von der gemeinen Land- und Ritterschaft bloß deswegen deputirt worden sind, um sich mit dem legitimen Landesherrn über das Beste des Landes zu berathen, die Vermehrung der Landes-Schulden veranlassen, welche gänzlich unterblieben seyn würde, wenn sich die sogenannten Landstände zu Hannover für, der That nach, nicht existirend erklärt hätten. Was haben sie auch bisher vortheilhaftes aus-

gerichtet? Gewiß nichts ersprießliches, im Gegensatz der Staatsdienerschaft des Landesherren. Der Hofrath und Kammermeister Patje ist, notorischermaßen, der einzige gewesen, welcher den Muth gehabt hat, den Franzosen hin und wieder zu widersprechen, und die Ausarbeitung, welche der Oekonomierath Meier, wegen der Natural-Verpflegung der französischen Truppen, verfertigt, und die mit dem 20. Septbr. 1803 ihren Anfang genommen hat, liefert über das Gesagte den deutlichsten Beweis. Ich mag das nützliche, was geschehen ist, entweder sub- oder objective betrachten, so bleibt das Verdienst davon der Dienerschaft des Landesherren. So sehr man mich auch beschuldiget, daß Leidenschaft nur meine Feder führe, weil man mir sonst nichts zur Last zu legen im Stande ist, so wenig kann ich mich doch durch diese gehässige Insinuation abschrecken lassen, hier, aus langjähriger Erfahrung, der Zeuge der Wahrheit zu seyn, daß von den Hannöverschen Landständen nichts vortheilhaftes für die Unterthanen erwartet werden könne. Ach mögte man mich, durch zutreffende Gründe, eines andern belehren! Die gehässigen Beschuldigungen, die gegen mich, d. i. gegen meine Person, in manchen Flugblättern verbreitet sind, beweisen nichts. Keiner hat meine Gründe, worauf es doch lediglich ankommen kann, zu widerlegen gewußt, und keiner wird sie je zu entkräften im Stande seyn. Es ist gleich lächerlich, als

boshast, mir unlautere Absichten anzubichten. Wer kann sie wissen? Wie kann man mir diese heimmessen, da es mir nicht entgehen konnte, daß entweder der König von Preussen, oder die Franzosen eine jede Volksunruhe stillen würden. Für einen Dummkopf wird man mich doch nicht halten. Beweist auch mein älteres Betragen *) und meine gesetzmäßige Voraussetzung, daß die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen kein Raub der Franzosen werden könnten, (II und III) nicht für jeden, der unpartheiisch ist, das Gegentheil von demjenigen, was solche Schriftsteller behauptet haben, die gegen mich mehr, als leidenschaftlich gesinnet sind? Der Ausspruch des großen Weltweisen von Sanssouci wird also, in Anwendung meiner, recht anwendbar, daß die Animosität und der Haß eines Schriftstellers nichts zu beweisen vermögen.

*) S. Meine Abfertigung des von Hebemannschen Zurufs, die Note zur 3, 4 u. 5 Seite.

XI.

Es ist ferner ein erbärmliches Argument, dessen sich Herr Rehberg *) und seine Anhänger gegen mich bedienen, daß aus meiner Behauptung zuviel; mithin daß aus ihr nichts folge, weil die Kurbraunschweigischen Justiz-Collegia nach derselben, während der französischen Okkupation des Hannöverschen, auch unwirksam hätten seyn müssen. Meine Gegner machen sich hier einer absichtlichen Verwechslung der Begriffe schuldig, welche sehr grob ist. Sie unterscheiden nämlich nicht politische und gesetzgebende Behörden, von bloß verwaltenden; nicht politischen-Auctoritäten. Der Eroberer kann diese sehr wohl bestehen lassen, ohne inkonsequent zu werden. Gene zu erhalten würde aber, vorzüglich wenn man die Tendenz erwägt, welche die Eulinger Convention und noch mehr die merkwürdige Existenz der französisch-Hannöverschen Legion für jeden Nachdenkenden darlegt, einen Widerspruch mit sich selbst festsetzen. Die Franzosen haben nemlich kein, auf dem rechten Rhein-Ufer liegendes deutsches Reichsland solchergestalt erobert, als die

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit. S. 12, 41, 42 u. 43.

Kurbraunschweigischen Staaten von ihnen eingenommen worden sind, d. i. mit völliger Souveraineté. Einen solchen fehlerhaften Schluß, als das in Untersuchung gezogene Argument enthält, ist das Publikum aus der ältern Bekanntschaft mit Herrn Rehberg schon gewohnt. Das Oberappellations = Gericht, die Justiz = Canzleyen, die Hofgerichte, die untern Justiz = Instanzen, die Domainen = und Kloster = Kammern, und die damit in Verbindung stehenden Ressorts, und die Schatz = Collegia, die nichts anders, als Steuer = Rechnungs = Behörden sind, alle diese verwaltende Auctoritäten konnten in den Kurbraunschweigischen Staaten in voller Thätigkeit bleiben, ohne daß hieraus die fortbauernde Wirksamkeit der Landstände in denselben folgt, welche, ohne alle Widerrede, eine politische Auctorität, und einen Zweig der gesetzgebenden Gewalt ausmachen. Ihre Wirksamkeit verbiethet sich von selbst, da ihr Regent, durch eine ganz eigene kriegerische Okkupation des Landes, in seiner Staatsrechtlichen Function gehindert ist, und sein Stellvertreter, das Kurbraunschweigische Geheime = Raths = Collegium und das General = Commando zu Hannover respective mit der Elb = Convention und der, von dem Könige von Preussen verstatteten Einrückung der französischen Truppen in die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen, zu existiren völlig aufgehört hat. Die Unwirksamkeit der Kurbraunschweigischen Landstände ist um so mehr

strenge zu vertheidigen, da Herr Rehberg S. 4 und 31 sagt:

Bei der, den Ständen von dem kommandirenden General anvertrauten, Administration (also bloß Verwaltung — der Verwalter gibt aber keine Befehle, sondern der Herr) des Landes liege das Interesse der Franzosen, welches sonst sehr leiden würde, zum Grunde, indem sie durch diese Personen ihre Forderungen weit eher und leichter befriedigt erhalten könnten, als wenn sie bei völliger Unbekanntschaft mit der Lokalität und Personalität alles selbst herbeischaffen sollten.

Aber die Landstände eines deutschen Reichslandes sollen zum Vortheil desselben und nicht des Feindes vorhanden seyn. Was kann man aber von Landständen erwarten, welche, wie Herr Rehberg ganz richtig sagt, von den Franzosen zum Vortheil der französischen Republik erhalten worden sind. In Rücksicht des Landes ist diese Erhaltung nichts anders, als eine bloße Täuschung. Die Landstände in Hannover sind, wenn man die Wahrheit sagen will, nichts anders, als die sklavischen Vollzieher der französischen Befehle. Ihre Schreiber hätten sich dieser Eigenschaft eben so gut unterziehen können.

XII.

Ganz unrichtig ist ferner die Behauptung, daß, wenn der teutsche Landesherr zu konkurriren verhindert sey, die Landstände sich der Regierung des Landes allein annehmen müßten. Diesen ganz Verfassungswidrigen Satz behaupten meine Gegner. *) Sie sagen von den Landständen ungefähr dasselbe, was ehemals Ludwig XIV. von sich behauptete:

Der Staat bin ich.

Nachfolgende Behauptung, welche meine Gegner, entweder gerade zu, oder doch wenigstens verschleiert, durch das gebrauchte Wort „es scheint“ ihrer ganzen Art zu argumentiren unterlegen, ist von der Beschaffenheit, daß, wenn sie zur legalen Kenntniß der Reichsjustiz-Behörden käme, alle diejenigen, welche an derselben Theil genommen hätten, fiskalisch würden bestraft werden müssen. Jene ganz Constitutionswidrige und äußerst merkwürdige Stelle lautet folgendermaßen:

„die Wirksamkeit der Landstände ist von der des

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit S. 15. Prüfung der öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung S. 25.

„Landesherrn ganz und gar unabhängig, und sie
 „kann nur aufhören, wenn die Unterthanen nicht
 „mehr da sind, oder ihnen verboten wird, Manda-
 „tarien zu haben, oder sie ihre Verfassungsmäßigen
 Mandatarien, die Landstände, entlassen. Keiner
 „von diesen drey Fällen ist bis jetzt eingetreten.
 „Das Volk ist noch vorhanden; der Sieger hat ihm
 „nicht verboten, seine Repräsentanten, die Land-
 „stände, zu behalten, und das Volk selbst hat sie
 „nicht entlassen — das Volk muß jetzt für sich selbst
 „sorgen und dadurch, daß die sämmtlichen Un-
 „terthanen stillschweigen, ob sie gleich wissen, daß
 „die Landstände, Namens ihrer, Staatsgeschäfte be-
 „sorgen, und Staatsbedürfnissen abhelfen, — durch
 „dieses Stillschweigen wird das Volk so lan-
 „ge verbindlich, als es nicht ausdrücklich erklärt
 „hat, daß die Landstände die gedachte Verwaltung
 „nicht haben sollen. Was die Landstände verrich-
 „ten, ist eben so gut, als wenn es ein jeder Unter-
 „than selbst gethan hätte. Staatsbedürfnisse, wel-
 „che die Landstände finden, sind solche, daß sie ein
 „jeder Unterthan anerkennen muß, weil sie von sei-
 „nen Repräsentanten gefunden sind. Was sie mit-
 „hin zu dergleichen Zwecken von ihren Mandanten,
 „den Unterthanen, verlangen, das müssen diese wil-
 „lig leisten. Folglich ist eine jede Steuer, welche

„jetzt die Landstände ausschreiben, von den Unterthanen zu entrichten, weil sie sich dieselbe durch ihre Mandatarien selbst aufgelegt haben. Demnach sind alle Steuer-Gesetze gültig und für jeden Unterthan verbindlich, *) weil sich die Unterthanen selbst besteuerten.“

Dieser Unsinn, denn anders kann ich die oben hergesetzte revolutionäre Tirade nicht nennen, soll aus dem Gemeinatz des bürgerlichen Rechts, daß derjenige, welcher da schweiget, wo er hätte reden sollen, für zu — und bestimmend gehalten werden müsse, mit der Allegirung der gesunden Vernunft, und des Mevii, bewiesen seyn.

Alein zur Zeit der blutigsten Gährung in Frankreich ist ein solcher demokratischer Despotismus, der zu dem in der jetzigen Anwendung auf das Kurbraunschweigische, in eine oligargische Eigenmacht ausartet, nicht einmal proklamirt worden. Man fragte doch wenigstens das französische Volk, ob es diese, oder jene Constitution haben wollte, und es mußte sich über diese Frage, entweder bejahend, oder verneinend, ausdrücklich erklären. Die Kurbraunschweigischen Unterthanen sollen aber nicht einmal gefragt werden, sondern weil sie stille schweigen

*) S. Prüfung der öffentlichen Erklärung u. d. 27, 28, 36, 37 und 38.

gen, da sie einmal an das Stillschweigen gewöhnt sind, und da kräftige Mittel vorhanden sind, welche ihnen das Reden wohl untersagen würden, soll alles, vermöge ihres stillschweigenden Consenses, nach der gesunden Vernunft, und nach dem Mevius, gelten. Arme gesunde Vernunft! wie kommst du hier ins Gedränge. Solltest du wohl ein Princip billigen, welches, wenn man auf seine Folgen zurücksiehet, nach der Geschichte älterer und neuerer Zeiten, den unerträglichsten Volks- und Völker-Despotismus heiligen würde? Und du großer Rechtslehrer, Mevius, wie würdest du dich wundern, wenn du es erfahren könntest, welcher widersinnige Gebrauch von deiner biedern teutschen Gelehrsamkeit gemacht wird! Kommt es, bei dem Constitutions-Rechte, bloß auf das Stillschweigen des Volks an, so kann man mit eben dem Rechte, mit welchem der Prüfer meiner öffentlichen Erklärung zc. wider diese argumentiret, da sein Argument völlig zweyseitig ist, gegen ihn dahin schließen:

daß, weil die Kurbraunschweigischen Unterthanen zu meiner Meinung geschwiegen hätten, und vermuthlich auch zu gegenwärtigen Behauptungen schweigen werden, sie beide durch ihr Stillschweigen billigten. Auf diese Art würde das, durch das Unglück der französischen Invasion zugleich arm und souverain gemachte Kurbraunschweigische Volk, mit sich selbst im directesten Widerspruch seyn. Spieraus würde, weil man doch wis-

fen muß, wenn das unglücklich souverain gemachte Hannö-
 verische Volk beytrete, nothwendiger Weise folgen, daß
 man es über seinen souverainen Willen (*volonté générale*)
 befragen müsse. Da aber jede Einwilligung, wenn sie
 verbindend seyn soll, frei seyn muß; diese Willensfrei-
 heit aber so lange nicht vorhanden ist, als einige dreißig
 tausend Mann französischer Truppen den Hannö-
 verischen Willen bestimmen, so müßte man den General Mortier,
 in Gemäßheit eines Artikels des *Moniteurs*, nach-
 dem die Engländer ersucht sind, auf einige Tage ihre
 Flotten zurück zu ziehen, um zu sehen, wie die Landung
 der Franzosen in Großbritannien von statten gehen wer-
 de, ganz freundlich bitten, sich mit seiner Armee erst auf
 dem Hannö-
 verischen zurückzuziehen, damit die Hannö-
 verischen Unterthanen, zur Abgebung ihrer Willensmeinung,
 ihre *Primair-Versammlungen* ohne allen Zwang halten
 könnten. Wie diese für die Landstände und für die Mit-
 glieder des General-*Provinzial-Landes-Landschaftli-*
chen, oder des *Deputations-Collegii*, denn das neue
 bohrne Kind hat — beiläufig gesagt — verschiedene Na-
 men, welche Verschiedenheit, in Ansehung der Rechtmä-
 ßigkeit seiner Constituirung, schon eine böse Anzeige ist,
 ausfallen würde, müßte man von dem Ausgange der
 selben erwarten. Kurz, die ganze politische Dialektik des
 Herrn Prüfers läuft, wenn man sie etwas näher analysirt,
 auf nichts geringeres, als auf eine Probe einer Re-

volution im Hannöberischen hinaus. Sie hat überdem noch einen kleinen, für einen so großen Constitutionsmacher, als Er ist, nun freilich nur wenig bedeutenden Compositions-Fehler, nemlich den, daß er immer von den Hannöberischen Landständen redet, welche jedoch nicht einmal befragt worden sind, und die sich nicht stillschweigend, sondern ausdrücklich erklären müssen, wenn aus ihrem Consens etwas gefolgert werden soll. Er hätte, wenn es ihm auf Genauigkeit ankam, um welche sich große Männer, wie Er und seine Collegen sind, nicht zu bekümmern pflegen, von einigen Deputirten reden sollen, die aber von den Kurbraunschweigischen Landständen überall dazu nicht deputirt sind, wozu sie sich selbst deputirt haben, und wozu sie die Landstände nicht einmal deputiren durften, weil sie, der That nach, zu existiren, aufgehört hatten. (IX.) Da ich aber über diesen Punct sogleich weiter reden werde, so beendige ich die Widerlegung eines futilen Arguments, wobei ich mich schon zu lange aufgehalten habe. Es rechtfertiget auf der einen Seite dasjenige völlig, was in einer Druckschrift *) über die Okkupation der Hannöve-

*) In den Historischen Berichtigungen des öffentlichen Urtheils über die, durch die französische Okkupation des Kurfürstenthums

rischen Staaten durch die Franzosen vorkömmt, welche die Aufmerksamkeit des auswärtigen Publikums allein auf sich ziehen wird, weil sie die förmliche Anklage des Feldmarschalls, Grafen von Wallmoden-Gimborn gegen das Kurbraunschweigische Staats-Ministerium enthält. Auf der andern Seite legt es aber allen Regenten unsers großen Vaterlandes die Gefährlichkeit der französischen Invasion in die Kurbraunschweigischen Staaten, nach ihren Folgen, klar vor Augen. Sie sollten daher so wenig, als das Reichs-Oberhaupt, bei so Constitutionswidrigen Schriften, als jetzt im Hannöverschen die Censur passiren, in Hannover gedruckt werden, im Umlauf sind, und in den Hamburger Zeitungen anempfohlen werden, gleichgültig seyn. Sie machen ungezweifelt den Gegenstand der Kaiserlichen Wahlkapitulation Art. 2. §. 8. aus. Nach dieser Gesetzstelle sollen Schriften, wodurch der Umsturz der gegenwärtigen Verfassung befördert wird, nicht geduldet werden, und wenn je die Aeußerung des verewigten Kaisers, Leopold II:

„daß kleine Schriften, unter sieben Bogen, listig

Hannover 10. 18es Heft S. 11, heißt es nemlich: Kein Staat in Deutschland war zu einer Revolution so reif, als das Hannöversche.

ger- und böshafterweise, unter das gemeine Volk gestreuet, Allerhöchstdenenselben gefährlich schienen, *)

passend ist, so trifft sie die, gegen meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung ic. erschienenen Flugblätter. Da es auch in eben diesem Reichsfundamental-Gesetze heißt:

Wir wollen die unmittelbaren Reichs- und der Stände Landes-Unterthanen in Unserm Kaiserlichen Schutze haben, und zum schuldigen Gehorsam gegen ihre Landesobrigkeiten anhalten **).

so erfordert es der, in dieser Gesetzstelle den Kurbraunschweigischen Landständen eingeschärfte Gehorsam gegen ihren rechtmäßigen Regenten, daß sie bei der französischen Okkupation des Hannöversischen völlig unthätig seyn müssen. Kann endlich je der Fall existiren, daß den mittelbaren Reichsunterthanen der unmittelbare Kaiserliche Schutz angeheißen müsse, so befinden sich die Kurbraunschweigischen Unterthanen in demselben, da sie leider! der That nach, Regentenlos sind. Ist gleich für teutsche Unterthanen die Anwendung des Hülfsmitt-

*) C. Grome Wahlkapitulation Kaisers Leopold II. S. 35.

**) C. Kaiserliche Wahlkapitulation Art. XV. §. 1.

tels, den Schutz des Kaisers und des Reichs außergerichtlich nachzusuchen, selten, so ist dieses Rettungsmittel dennoch nicht Beyspiellos, und nicht Verfassungswidrig. *) Die Kurbraunschweigischen Landstände könnten also nichts besseres — nichts Constitutionsmäßigeres thun, als sich des Mittels zu bedienen, welches ihnen die teutsche Reichs-Verfassung vorschreibt, um die, bis zur Auszehrung ihres Vaterlandes, blutende Wunden desselben zu heilen. Eine Million — also beinahe der 28ste Theil teutscher Reichsunterthanen, **) welche, ohne ihr Verschulden, Regentenlos und unglücklich sind — das widrige Schicksal ihrer Nachbarn, die nicht zur Brandenburg-Preussischen Monarchie gehören — und der gänzlich darniederliegende Handel und Erwerb des nördlichen Deutschlands, welcher Zustand für dasselbe die gefährlichsten Folgen auf die Zukunft vorhersehen läßt, können dem Kaiser und Reiche nicht länger gleichgültig seyn. Wenn daher der Herr von Hedemann an das Pu-

*) S. von Berg Handbuch des teutschen Polizeyrechts, 1ster Th. S. 410.

**) Nach der, durch den Verlust des linken Rhein-Ufers geschehenen politischen Beschreibung von Teutschland wird die angegebene Volksmenge richtig seyn. Kurbraunschweig zählt aber anjetzt eine Million Einwohner.

blikum appellirt, so würde ich, mit noch größerem Rechte, für meine Landesleute, an diejenige Behörde appelliren dürfen, welche jeder Deutsche für völlig verfassungsmäßig anerkennen muß.

XIII.

Es ist von mir, zur Aufrechthaltung der Rechtmäßigkeit meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung, *) bereits bemerkt gemacht worden, daß die Kurbraunschweigischen Landstände die erschienenen Steuer=Verordnungen nicht erlassen haben. Sie sind bloß das Nachwerk etlicher Privat=Personen aus der Landschaft Mittel, welche sich Landständische Deputirte nennen. Die Eigenschaft und das Wesen dieser, ist im Kurbraunschweigischen, und insonderheit im Calenbergischen, bekannt. Landrätthe, Ritterschaftliche und Landschaftliche Deputirte existiren bloß desfalls, theils um die Anträge ihres rechtmäßigen Landesherrn an sämtliche Landstände zu vernehmen, theils um die,

*) S. Meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung 2c. S. 19 — 26 und 56 u. f. w.

auf einem allgemeinen Landtag, gefaßte Entschließung der ordnungsmäßig convocirten Landstände auf die Landesherrlichen Propositionen an den Landes-Regenten gelangen zu lassen. Sie sind folglich die Bevollmächtigten der Landstände, in Rücksicht des Landesfürsten. Fallen eilige Unterhandlungen der Landstände mit ihrem rechtmäßigen Regenten, außerhalb des Landtages, vor, so kann sich das Landschaftliche, und nicht das Landes-*) Deputations-Kollegium, es sey nun der engere, oder der größere Ausschuß desselben, unter den gehörigen Voraussetzungen, Namens der Landstände, gültiger Weise erklären. Alsdann sind Landräthe und Deputirte die Mandatarien derselben, und sämmtliche Landstände ihre Mandanten. Jene sind es aber nicht, wenn der Fall, wozu sie von ihren Committenten bevoll-

*) Es ist ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen einem Landes- und Landschaftlichen Deputations-Kollegium. Jenes setzt Bevollmächtigte des Regenten und der Landstände zum voraus, weil die Landes-Repräsentation auf beiden beruht. Das Galenberg-Grubenhägensche Deputations-Kollegium nennen sich einzig und allein Landes-Deputations-Kollegium; die übrigen heißen sämmtlich Landschaftliche Deputations-Kollegia. Keines nähert sich der Constitutionsmäßigkeit mehr, als das Brem- und Verdensche. Ihm sind von der Regierung zu Stade enge Grenzen seiner Befugniß rühmlichst vorgeschrieben worden.

mächtigt sind, nicht eintritt. Dieser ereignet sich, wenn der Landesherr in der Ausübung seines Regentenamts behindert ist. Die ganze Auseinandersetzung, welche von dem Geheimen-Kanzley-Secretair Rehberg und von seinen Anhängern über den großen und engern Ausschuß der Landschaftlichen Deputation und über seine Rechtsbefugniß, in eiligen Fällen, Namens der Landstände zu handeln, geliefert worden ist, paßt folglich ganz und gar nicht auf den vorliegenden Fall, in welchem es nicht darauf ankommt, mit dem rechtmäßigen Landesherrn in Unterhandlung zu treten, sondern wo diese mit dem Feinde desselben gepflogen werden soll. Landrätthe und Landschaftliche Deputirte sind von der gemeinen Ritter- und Landschaft gar nicht bevollmächtigt worden, mit dem französischen General Mortier zu unterhandeln, Steuern auszusprechen, Schulden zu kontrahiren und für ihre Wiedererstattung Sicherheit zu bestellen. Es ist eine grobe Unwahrheit, wenn in der Prüfung meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung S. 50 und 51 gesagt wird, daß in den ersten Tagen des Monats September, 1803, ein allgemeiner Landtag zu Hannover gehalten worden wäre. In andern Flugblättern kommt davon nichts vor, und in einer Druckschrift ist vielmehr das Gegentheil von dieser Behauptung enthal-

ten. *) Da ich ein Calenberg'scher Landstand bin, so müßte ich zu dem behaupteten Landtag berufen worden seyn, wenn er existirt hätte. Das ist aber nicht geschehen. Alle übrige Landstände der Kurbraunschweigischen Staaten sind zur Abhaltung eines Landtags eben so wenig eingeladen worden. Denn derjenige, der uns, rechtmäßiger Weise, dazu zitiren konnte, nemlich der Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, war für jetzt nicht wirksam. Es sind nur in Hannover Mitglieder der Landständischen Deputation erschienen, die aber Keiner dazu deputirt hatte, wozu sie erschienen sind. Da die Landräthe und die Landschaftlichen Deputirten zu einem ganz andern Zwecke bestellet sind, als der gewesen ist, zu welchem sie sich in Hannover versammelt haben; so fehlt ihnen das wesentliche Erforderniß, nemlich die Bevollmächtigung der Landstände zu demjenigen, was sie unternommen haben. Ihre Handlungen können folglich diese nicht verbinden. Die erste und wichtigste Frage: Ob die Mitglieder des sogenannten Landes-, oder des Landschaftlichen Deputations-Kollegii eine Vollmacht von den Kurbraunschweigischen Landständen erhalten haben, dasjenige zu unternehmen, was von ihnen geschehen ist?

*) S. Schreiben eines Hannoveraners an einen Reichstädtischen Bürger S. 25.

hat ihre Erledigung bisher nicht erhalten. Gesezt, — aber nicht zugegeben, — daß die Hannöverschen Landstände während der französischen Okkupation ihres Vaterlandes wirksam seyn könnten, so müßten entweder diese selbst gehandelt, oder sie müßten die Landschaftlichen Rätthe und Deputirte ausdrücklich bevollmächtigt haben, statt ihrer dasjenige zu thun, was sie selbst nicht thun wollten. Beides ist aber nicht eingetreten. Folglich sind die Landstände und das Land aus den Handlungen des sogenannten Deputations = Kollegii schlechterdings nicht verbunden. Die Mitglieder desselben haben sich zu demjenigen, was sie unternommen haben, selbst deputirt. Es ist aber ein offener Widerspruch, sich zu einem Geschäfte selbst zu bevollmächtigen, und in Einer Person den Gewaltgeber (Mandans) und den Gewaltnehmer (Mandatarius) vorstellen zu wollen. Der Legitimations = Punct ist und bleibt also unerledigt, wenn man auch alle Constitutionswidrigen Sätze meiner Gegner zugeben wollte. Die Handlungen der zu Hannover anwesenden Landstände und der Mitglieder des Landes = und des Landschaftlichen Deputations = Kollegii sind also bloß die etlicher Privatpersonen aus der Landschaft Mittel. Diese können niemanden, sondern nur höchstens sich selbst, und ihr Vermögen verbinden. Man ersiehet hieraus, daß die sogenannte Erhaltung der Aurbraunschweigischen Landstände nichts anders, als ein

Blendwerk sei, und daß sie nur zum Schaden des Landes und zum Vortheil des Feindes angeblich erhalten worden sind. Die ergangenen Steuer-Ausschreiben oder Steuer-Verordnungen bleiben folglich, als solche, welche von den Landständen ergangen seyn sollen, null und nichtig, weil sie von ihnen nicht erlassen sind. Sie machen bloße Befehle des Eroberers aus, und in dieser Hinsicht bleiben sie für die Unterjochten verbindlich. Jener hat einige Landschaftliche Deputirte dazu gebraucht, um den Kurbraunschweigischen Unterthanen vorzuspiegeln, daß sie von ihren eigenen Repräsentanten besteuert und beschahet wären.

XIV.

Meine Gegner haben die Erheblichkeit der, von mir bisher vorgetragenen wichtigen Gründe wohl gefühlt. Sie haben daher die Stärke ihres gegen mich gerichteten Widerspruchs vorzüglich darin gesetzt:

daß die Hannoverische Regierung am 2ten Junius, 1803 ein Landes-Deputations-Collegium angeordnet habe, und daß folglich die Verordnungen desselben, als die des Regenten selbst, anzusehen wären.

Indem sie diese Anordnung behaupten, fällt alles dasjenige von selbst über den Haufen, was von der Befugniß der Landstände, und ihrer Ausschüsse und von dem Rechte derselben, in eiligen Fällen, ohne Mitwirkung des Landesregenten und der Landstände, zu handeln, angeführt worden ist. Denn wozu hätte es der, von ihnen behaupteten, Organisation eines Landes-Deputations-Collegii bedurft, wenn die Landschaft und ihre Ausschüsse schon dasjenige zu thun befugt waren, was der Wirkungskreis jener Behörde hat seyn sollen? In der vertheidigten Constituierung des Landes-Deputations-Collegii liegt demnach die völlige Widerlegung der Behauptungen meiner Gegner. Der Widerspruch, den sie sich hier haben zu schulden kommen lassen, bleibt eben so auffallend, als derjenige ist, welchen ich, in der Abfertigung des von Hedemannschen Zuruß S. 16 und 17 bemerkt gemacht habe. Diese Bemerkung ging dahin, daß das Besteuerungsrecht der Kurbraunschweigischen Unterthanen, bald von den, zu Hannover anwesenden Landständen, bald von dem Landes-Deputations-Collegio ausgeübt worden sei; man also nicht wisse, wem es eigentlich gebühre. Ueber die Nicht-Existenz des sogenannten Landes-Deputations-Collegii habe ich mich schon in meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung S. 52 — 58 geäußert. Indem ich mich auf die, daselbst enthaltenen Gründe hier beziehe, glaube

ich meine, gegenwärtig fortgesetzte Meinung durch dasjenige sehr verstärkt zu haben, was von mir oben (VIII) gesagt worden ist. Hierzu tritt noch der wichtige Umstand, daß das Regierungs-Rescript vom 2ten Junius, 1803, welches dem Landes-Deputations-Collegio seine Existenz verschaffet haben soll, zu einer Zeit erlassen worden ist, in welcher die Hannöversche Regierung noch nicht aufgelöst, sondern für ihre Fortdauer im Lauenburgischen noch einige Hoffnung vorhanden war. Hätte sich diese bestätigt, so würde sich ein ganz anderes Verhältniß gezeigt haben, als sich demnächst ereignet hat. Kurz, derselbe verfassungsmäßige Zustand würde alsdenn angetroffen worden seyn, welcher im siebenjährigen Kriege statt fand. *) Allein nach der abgeschlosse-

*) S. das Ausschreiben wegen der allgemeinen Personen- und Vermögen-Steuer in den, unter Sr. Königlichen Majestät von Großbritannien, unsers allergnädigsten Königes und Herrn allerhöchsten Genehmigung herausgekommenen Hannöverschen Anzeigen vom Jahr 1757. No. 95. In dem Eingange desselben heißt es, mit Vorwissen und Zulassung Königlicher und Kurbraunschweigischer Landes-Regierung, und nachdem die sämmtlichen Herrn Mitstände davon vorher durch einen Umlauf benachrichtiget worden sind. S. ferner §. 23 dieses Steuer-Ausschreibens und die An-

nen Elb-Convention und nach der, von dem Könige von Preussen den Franzosen verstatteten Okkupirung des Grubenhägenschen und Göttingschen, und der hieraus folgenden völligen Auflösung der Kurbraunschweigischen Regierung hat sich die Ansicht der Sache gänzlich verändert. Es fragt sich folglich:

ob ein, unter ganz andern Umständen angeordnetes Collegium, bei gänzlich veränderter Lage der Dinge, noch wirksam seyn könne?

Doch die Verneinung dieser Frage auch bei Seite gesetzt, und anderer Erwägungen nicht zu gedenken, bleibe ich bey den dürren Worten des Regierungs-Rescripts stehen, welches dem sogenannten Landes-Deputations-Collegio sein Daseyn und seinen Wirkungskreis gegeben haben soll. In diesem Rescripte heist es ausdrücklich:

„Eine besondere Deputation (es ist folglich die Landtschaftliche für unwirksam erklärt worden) sey angeordnet, um dasjenige unmittelbar zu verfügen, was von den französischen Generalen und Kommandanten an Fuhren, Lieferungen oder sonstigen Prästationen erfordert werden würde.“*)

lage dazu in No. 102 eben dieses Jahrganges **vorbis** von gesammter Ritter- und Landtschaft.

*) In dem Rescripte der Brem- und Verdenschen Regierung vom

In jenem Rescripte sind also die Grenzen der Wirksamkeit der ernannten besondern Deputation genau bestimmt worden, indem sie sich auf dasjenige ausdrücklich einschränken soll, was die französischen Generale und Kommandanten, also nicht der Oberbefehlshaber derselben, an Fuhren und Lieferungen verlangen würden, und weil die Worte „oder sonstigen Prästationen“ ihre Verständigung aus den vorangehenden Worten „Fuhren und Lieferungen“, und aus der gebrauchten Erklärungspartikel „oder“ erhalten. Die Deputation hat also dasjenige an sonstigen Prästationen unmittelbar verfügen sollen, was mit dem Charakter von Fuhren und Lieferungen übereinkommt, und was die Aemter und Gerichte zu besorgen gehabt haben würden, wenn keine besondere und außerordentliche Commission zur unmittelbaren Verfügung angeordnet gewesen wäre, um den Forderungen der französischen Generale und Kommandanten an Fuhren und Lieferungen zu genügen. Es ist der Deputation aber, vermöge ihrer Constitutions-

sten Junius, 1803, wodurch eine gleiche Commission angeordnet worden ist, sind die Worte „sonstigen Prästationen“ nicht zu finden, sondern es heißt darin bloß und sehr vorsichtiger Weise „oder sonst.“

Acte, nicht vergönnet gewesen, weiter zu gehen. Denn eine erweiternde Auslegung jener Worte, die überhaupt gesetzwidrig ist, würde in ein unabsehbares Feld von Folgerungen führen. Die Stadische Regierung hat sich, in Ansehung der Verständigung der Worte „oder sonstigen Prästationen“ sehr vorsichtig benommen, wenn sie der, am 5. Junius, 1803 ernannten Commission versichert:

daß, wenn sie binnen den Grenzen des ihr aufgetragenen Commissions = Geschäftes bliebe, sie nicht zur Verantwortlichkeit gezogen werden solle.

Man hat also doch von Seiten der Kurbraunschweigschen Regierung den Fall als möglich angenommen, daß die ernannte besondere Commission die Grenzen des ihr aufgetragenen Geschäftes überschreiten könnte. Sie hat folglich keine unbestimmte Befugniß, zu handeln, erhalten, sondern eine begrenzte. Bleibt das sogenannte Landes = Deputations = Collegium aber wohl binnen den Grenzen des ihm aufgetragenen Geschäftes, wenn es Steuern ausschreibt, allgemeine Landesschulden contrahiret, für die Wiederbezahlung derselben die Landes = Intraden verpfändet, und mit der Unterschrift der Regierungs = Secretarien in Hannover ex Commissione (wer hat den Auftrag ertheilt?) alles dasjenige verrichtet, was der Landesherr, oder sein Repräsentant,

das Staats-Ministerium, nur thun kann? Keinesweges. Denn hierzu hat es keinen Auftrag erhalten. Eben so wenig, als die Aemter und Gerichte das Angeführte thun konnten, eben so wenig hat es die Landes-Deputation thun dürfen. Sie sollte ein mehreres, als jene Behörden zu verrichten ermächtigt waren, nicht besorgen. Zur Ausschreibung von Steuern und zur Contrahirung allgemeiner Landesschulden ist das sogenannte Landes-Deputations-Collegium nicht auctorisirt — eben so wenig legitimirt, als die Kurbraunschweigischen Aemter und Gerichte dazu bevollmächtigt und befugt sind. Der Syndikus Zwicker behauptet zwar das Gegentheil, wenn er S. 16 schreibt:

„es sey doch wohl nicht zu verkennen, daß in dem, an die Deputation erlassenen Organisations-Rescripte, der Auftrag enthalten sey, die Steuern auszusprechen und die Gelder anzuleihen, die zu jetzigen Prästationen erforderlich wären, denn, nach der Natur der Sache, könnte nicht die Absicht dahin gehen, den genannten Personen Geschäfte aufzutragen, und ihnen nicht zugleich die Mittel in die Hände zu geben, wodurch sie zu deren Ausrichtung in den Stand gesetzt würden.“*)

*) S. Ueber die Befugniß des Calenberg-Grubenhägenschen Landes-Deputations-Collegii etc. S. 16.

Allein es ist eine Wohlthat, welche die Landes-Untertanen ihren rechtmäßigen Regenten nicht genug verdanken können, daß Allerhöchstderselbe, fast gleichzeitig mit diesem Zwickerschen Kommentar des Organisations-Rescriptes der sogenannten Landes-Deputation, das Gegentheil der Rehbergischen, Zwickerschen und Wieserschen Behauptungen laut vom Munde gegeben hat. In einem Königlich und Kurfürstlichen Rescripte d. d. St. James, den 11ten November, 1803, an alle teutsche Gesandten Sr. Königlich Großbritannischen Majestät heißt es nemlich:

„Se. Majestät, der König der vereinigten Reiche, Großbritannien und Irland, und Kurfürstliche Durchlaucht zu Braunschweig = Lüneburg vernehmen, daß man französischer Seits gesucht hat, Ihre Hannöverschen, sich jetzt außerhalb des Kurfürstenthums aufhaltenden Cabinetsminister, durch allerlei Vorspiegelungen, zur Rückkehr in dasselbe zu bewegen, und daß dabei, vornemlich angeführet worden, es werde, durch ihre Entfernung, der Credit des Landes geschwächt, und dasselbe gehindert, die großen Summen aufzuleihen, welche zu Befriedigung der feindlichen Forderungen nöthig wären, und in deren Ermangelung der Sold und Unterhalt der französischen Truppen von ihnen selbst

„durch die härtesten Mittel würde zusammen ge-
 „bracht werden. So wenig Ihre Majestät besor-
 „gen, daß Ihre Minister die Grenzen der ihnen er-
 „theilten Gewalt überschreiten werden, so halten
 „Sie doch für nöthig, hierdurch förmlich zu er-
 „klären:

„daß Ihr Kurbraunschweigisches Ministerium,
 „durch die, demselben zur Administration Ihrer teut-
 „schen Staaten, während Allerhöchsth ihrer Abwe-
 „senheit, ertheilte Vollmacht keinesweges er-
 „mächtigt ist, ohne Sr. Majestät Special-
 „befehl, Gelder anzuleihen, oder beson-
 „dere Sicherheit dafür zu bestellen, und
 „höchst dieselben sich überhaupt durch
 „keinerley Ihrem und Ihrer Lande Inter-
 „esse zuwiderlaufende Handlungen wer-
 „den gebunden halten, welche ihren Mini-
 „stern durch Drohungen oder Zwang möchten abge-
 „nöthiget werden. *)

Aus dieser deutlich erklärten Willensmeinung des Regem-
 ten wird der Inhalt des Organisations-Rescripts be-

*) S. National-Zeitung der Deutschen vom Jahr 1803
 50stes Stüd S. 1117. Hamburgischer unpartheilicher Cor-
 respondent vom Jahr 1803, No. 192.

sogenannten Deputations-Collegii sehr deutlich. Die darin enthaltenen Worte „oder sonstigen Prästationen“ werden dadurch hinlänglich interpretirt; die Grenzen der Befugniß der Landes-Deputation genau bezeichnet und der Zwickersche, aus der Natur der Sache hergenommene Commentar jenes Regierungs-Rescripts vom 2. Junius, 1803, aufs stärkste widerlegt. Denn hätte das sogenannte Landes-Deputations-Collegium eine, von dem rechtmäßigen Landesherrn ihm ertheilte Befugniß erhalten, dasjenige zu thun, was es bisher verrichtet hat, und was es noch täglich thut, so wäre die Rückkehr der Hannöverschen Geheimen Rabinets-Minister von den Franzosen wohl nicht verlangt worden, weil das, von den Mandatarien der Kurbraunschweigischen Regierung Geschehene eben so angesehen werden müßte, als wenn es das Hannöversche Geheime Rabinets Ministerium selbst verrichtet hätte. In der von den Franzosen verlangten Rückkehr der Hannöverschen Minister ist demnach das deutlichste Anerkenntniß des französischen Gouvernements enthalten, daß das Landes-Deputations-Collegium das nicht sey, wofür es sich ausgibt, und daß der General Mortier dasselbe, durch diese entscheidende Thatsache, sehr richtig und zwar eben so beurtheilet habe, wie ich es ansehe. Meine Gegner finden in

dem bisher Auseinandergesetzten die kündigste Abfertigung aller ihrer, gegen meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung hervorgesuchten, Gründe. Sie konnten in Ansehung der Hülfs-Steuer, vom 17. August, 1803, nicht einmal Stich halten, da diese von den französischen Generalen und Kommandanten nicht einmal gefordert ist, und da es den Franzosen sehr gleichgültig bleibt; ob die Bequartierten von den mit Einquartierung nicht belegten Orten eine Entschädigung erhalten, oder ob sie diese nicht bekommen. In Ansehung dieser Hülfssteuer liegt es klar zu Tage, daß man, bei ihrer Anordnung, die Grenzen einer jeden, irgend denkbaren Befugniß des sogenannten Landes-Deputations-Collegii offenbar überschritten habe. Diesem nach hat der Kurfürst von Braunschweig = Lüneburg die Rechtmäßigkeit meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung durch seine, am 11ten November, 1803, erklärte Willensmeinung bekräftiget. Seine Unterthanen werden also jene nicht weiter mißbilligen dürfen. So wie man übrigens dem legitimen Landesregenten Unrecht thun würde, wenn man den Inhalt seiner eben hergesetzten förmlichen Erklärung vom 11ten November, 1803, einer Härte gegen die Landeseinwohner beschuldigte, eben so sehr würde man meine Denkungsart verkennen, wenn ich jene nur darum lobte, weil sie meine, einige Monate früher bekannt gemachte Meinung unterstützet. Keiner

wird es behaupten, daß der König, Georg II, und das Hannöberische Ministerium vom Jahr 1757, die Kurbraunschweigischen Staaten weniger geliebt haben, als der jetzige rechtmäßige Regent derselben, und das gegenwärtige Kurbraunschweigische Kabinets-Ministerium, denselben zugethan sind. Dennoch erklärte Georg II, bey Gelegenheit der französischen Invasion, welche im Jahr 1757 statt fand, daß er seinen teutschen Unterthanen keinen Pfennig Geld verschaffen würde, und sie lieber der ganzen Strenge der Militair-Execution aussetzen wolle, als die Kassen in dem Maaße zu leeren, in welchem der Sieger seine Forderungen erhöhen würde. *) Wie auch der schwächliche und befährte Ober-Hauptmann von Schwanewede, wegen einer, durch den französischen Kommissair Gaudet dem Ante Verden auferlegten und von demselben nicht geleisteten Imposition, durch sechs Grenadiere arretirt und auf die Hauptwache zu Verden gesetzt war, so schrieb der Kurbraunschweigische Geheime-Rath und Groß-Boigt von Steinberg den 10. November 1757, an den Grafen zu Lynar:

„Vielleicht vermeint der Kommissair Gaudet, durch

*) S. des Grafen zu Lynar Staats-Schriften, zweiter Band, Actenstück 150. S. 497.

„die Drangsale, die er unschuldigen Leuten anthut,
 „zu bewirken, daß man von hieraus für die Berich-
 „tigung des Begehrten Rath schaffen solle. Ist dies
 „ses, so ist das Schicksal derer, die dergleichen Un-
 „glück trifft, noch bedauernswürdiger, indem Eu-
 „re Excellenz leicht selbst ermessen wer-
 „den, daß das Ministerium, so sehr solches
 „auch durch den Jammer und die Noth derselben
 „gerührt wird, dennoch es nimmer würde ver-
 „antworten können, wenn es, insonderheit bei
 „einzelnen Aemtern, sich auf dergleichen einlassen
 „wollte, da diese Forderungen sodann ins
 „Unendliche hineingehen, und am Ende
 „dem Lande und den Unterthanen doch
 „nichts helfen würden. *)

*) S. v. Lynar a. a. O. Actenstück 130. S. 434 und 435.

Beantwortung der Frage:

Ob, bey Gelegenheit

der

gegenwärtigen französischen Okkupation

des Hannöverschen,

allgemeine Landesschulden

auf dasselbe,

recht verbindlicher Weise,

gemacht werden können?

XV.

Ich werde, durch das, sowohl aus der ältern, als neuern Geschichte einer französischen Invasion ins Hannöversche eben Hergesetzte von selbst auf die, in dieser Abhandlung zu beantwortende zweite Frage geleitet. Sie ist folgende:

Ob, bey Gelegenheit der gegenwärtigen fran-

zösischen Okkupation der Kurbraunschweigischen Staaten, allgemeine Landessschulden auf dieselben, rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden können?

Aus dem Rehbergischen Flugblatte „Ein Wort zu seiner Zeit 1c.“ S. 31. ist das Publikum, wiewohl sehr im Allgemeinen, über die angebliche Existenz eines angeblich organisirten General = Landes = Deputations = Collegii unterrichtet worden. Das Publikum kennet aber nicht einmal die sämmtlichen Mitglieder desselben. Ferner sind Handschriften im Umlauf, wovon eine Abschrift, unter No. I. der Umlagen zu finden ist. Zu derselben sind Zinsen = Coupons ertheilet worden, welche solchergestalt lauten, als es die Anlage No. II. des Mehrern ergibt. Auch ist, sowohl durch die Hamburger Zeitung, als sonst, eine Vollmacht vom 24sten Septbr. 1803 bekannt geworden, welche folgendermaßen lautet:

„Von der Kur = Hannöverschen Landes = Deputation
 „der vereinigten Lüneburgischen, Brem = und
 „Verdenschen, Calenberg = Grubenhägenschen, Hoya =
 „schen, Osnaabrückschen Landschaften; auch Freyen
 „des Landes Hadeln, ist der Königlich Preussische
 „Kammerherr von Hahn, auf Charlottenthal, Such =
 „wiß 1c. in Mecklenburg Erbgesessen, bevollmächtigt
 „get worden, zum nöthigen Bedarf und zum wah =
 „ren Besten der Kurhannöverscher Lande, ein An =

„lehn, doch nicht über zehnmal hundert tau=
 „send Thaler, unter den ihm hinlänglich bekannt
 „gemachten Bedingungen, zu machen, und nach dem
 „ihm mitgetheilten Entwurf der Obligation abzu=
 „schließen. Ausgestellt unter eigenhändiger Namens=
 „Unterschrift des Landes-Deputations-Collegii und
 „dessen beygefügten Insiegels.

Geschehen zu Hannover, den 24ten September, 1803.

(L. S.) *)

Landes-Deputations-Collegium,

Christoph, Abt zu Loccum.

M. v. Zesterfleth.

C. F. W. Schulze.

H. v. Pape.

Joh. Hr. Meyer.

Synd. Statuum prov. R. **)

Dieses Geld-Negoce ist jedoch, nach der Erscheinung der
 Königlich-Großbritannischen und Kurfürstlichen Erklä=
 rung vom 11ten November, 1803, wieder rückgängig ge=
 worden. Nicht minder verlautet es,

daß die drey Hanse-Städte, Hamburg, Lübeck
 und Bremen sich zu einem Anlehn von sechs Mil-

*) Wer hat dieses Siegel ertheilt?

**) S. Tagebuch der Vorfälle, seit dem Ausbruch der Feindsel=
 igkeiten zwischen dem Könige u. S. 93.

lionen Frank's für die französische Armee in Hannover, auf Rechnung der Hannöverschen Lande, haben bequemen müssen; davon zwey Millionen Mark Banco bezahlet seyn sollen. *)

Diese zwey Millionen sollen von dem sogenannten General-Landes-Deputations-Collegio in Hannover wirklich erhoben worden seyn. Endlich habe ich einen vollgültigen Beweis in den Händen, daß ein anderes großes Anlehn, welches das sogenannte Hannöversche Landes-Deputations-Collegium zur Befriedigung der, alle Tage höher steigenden französischen Anforderungen, noch ehe hat erborgten wollen, als die Landesherrliche Erklärung vom 11ten November, 1803, bekannt geworden ist, durch die Beziehung auf meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung mißglückt sey. Ich habe mir dadurch den Unwillen des französisch-Hannöverschen Gouvernements so sehr zugezogen, daß die Executiv-Commission in Hannover einen Befehl zu meiner Verhaftung erlassen hat, wenn ich mich in den Kurbraunschweigischen Landen sehen lassen würde. Dasjenige, was in der Kritik der, in Beziehung auf das von den Neufranken okkupirte Kurfürstenthum Hannover erschienenen Flugschriften, S. 44, angeführet worden ist:

*) S. National-Zeitung der Deutschen, Jahrgang 1803, 50stes Stück, S. 1118.

daß von französischer Seite der Befehl *) ergangen
 sey, mich aufzuheben, wenn ich mich im Han-
 növerischen sehen ließe;

ist demnach wahr. Es ist mir jedoch desfalls nichts
 zugegangen, weil der ergangene Befehl einen Geheimen
 ausmacht. Da es inzwischen im Hannöverischen ächte
 Patrioten gibt, die nicht so denken, wie Herr Rehberg
 und sein Anhang, so bin ich von mehr als einem Orte
 sofort gewarnet worden, das Hannöverische zu betreten.
 Diese Warnung, so gut sie auch gemeynzt ist, war jedoch
 ganz überflüssig, weil ich, seit dem Tage, daß der Kö-
 nig von Preussen — der, vom Kaiserlichen und Reichs-
 Kammergerichte mir zugeordnete hohe Protektor — den
 Einmarsch der Franzosen ins Göttingsche und Grubens-
 hägensche erlaubt hatte, keinen Fuß in mein Vaterland
 gesetzt habe, da ich unter den Befehlen der französisch-
 Hannöverischen Executiv-Commission auch nicht einen Au-
 genblick habe stehen wollen. Uebrigens rechne ich diese,
 gegen meine Person ergangene französisch-Hannöverische
 Verfügung, welche mich keinen Augenblick aus meiner
 Fassung gebracht, und mich nicht veranlasset hat, mich

*) Vermuthlich ist derselbe von dem Geheimen Kanzley-Secretair
 Rehberg, von den Syndicis Diester und Spicker und ihrem An-
 hange bewirkt worden.

von meinem, hart an der Hannöverschen Grenze gelegenen Hessischen Gute Berlepsch, *) zu entfernen, zur großen Ehre, weil sie die beste Apologie meines Verhaltens darlegt, und den pasquillantischen Briefschreiber nach Amerika mit seinen Aeusserrungen über meine Person **) zu schanden macht. Ich darf nemlich, mit dem Hofrath von Berg zu Hannover fragen: Wie viele freye Männer gibt es, die frey und muthig genug sind, zu sagen: ich schlage mich nicht? ***)

Möchten alle diejenigen, welche gegen mich geschrieben haben, nur den zehnten Theil des kalten Muths besitzen, welchen ich in so manchen Situationen meines Lebens bewiesen habe; so dürfte es im Hannöverschen wohl weit besser stehen, als jetzt der Fall ist. Es ver-räth in Wahrheit wenig Courage, wenn man unter dem Schilde der Anonymität, d. i. der Verborgenheit, Sottisen drucken läßt. Ueberhaupt beweisen die vielen, seit kurzer Zeit erschienenen Druckschriften über das

*) S. Ueber die von Berlepsche Verbannung aus den Kurbraunschweigischen Landen, Anlage VI. S. XXVIII u. f. w.

**) S. Zwey Briefe über die Hannöversche Litteratur S. 29 und 30.

***) S. v. Berg Handbuch des teutschen Polizeyrechts, Th. 1. S. 438.

Hannöversche einen, in demselben herrschenden schlechten
 — unsaubern — Geist. Doch zur Beantwortung der
 aufgestellten wichtigen zweiten Frage. Wenn man die
 Anlage I mit der, dem Preussischen Kammerherrn von
 Hahn, am 24. Septbr. 1803, erteilten Vollmacht ver-
 gleicht, so veroffenbaret sich aus dieser Zusammenhaltung,
 in Ansehung der sogenannten Vereinigung mehrerer Kur-
 braunschweigischen Landschaften zu dem Rehbergischen
 General-Landes-Deputations-Collegio, sogleich eine
 große Verschiedenheit. Nach den Ruppel-Harnierschen
 Handschriften sollen die Landschaften der Fürstenthümer
 Lüneburg, Bremen und Verden, Calenberg, Grubenhä-
 gen, Osnabrück uniret seyn. Nach der von Hahnschen
 Vollmacht sind aber die Lüneburgischen, Brem- und Ver-
 denschen, Calenberg-Grubenhägenschen, Hoya'schen, Os-
 nabrückschen Landschaften, auch die Freyen des Lan-
 des Hadeln zu einem Ganzen vereinigt. Vom 31sten
 August, (der Tag der Ausstellung der Handschrift nach
 der Anlage sub No. I.) bis zum 24sten September,
 1803, (der Tag der ausgestellten von Hahnschen Anlei-
 h-Vollmacht,) hatte sich mithin das sogenannte General-
 Landes-Deputations-Collegium schon verändert. Die
 Hoya'sche Landschaft und die Freyen des Landes
 Hadeln waren nemlich den bereits genannten Land-
 schaften beigetreten. Zur Vereinigung der sämtlich
 Kurbraunschweigischen Staaten in eine Staats-Consulta,

oder National-Versammlung, fehlen also noch, in Gemäßheit des Kurbraunschweigischen Staats-Kalenders, die Deputirten der Lauenburgischen und Bentheimischen Landschaften, der drey Stände des Landes Hadeln und der Grafschaften Diepholz und Hohenstein, woselbst es gar keine Landstände gibt. Sieht man auch die in den Hannoverschen Anzeigen vom Jahr 1803 stehenden Bekanntmachungen nach, so weiß man sich vollends keinen Begriff über das sogenannte General-Landes-Deputations-Collegium zu machen. Denn die Signaturen seiner Mitglieder unter diesen Verfügungen wechseln nicht nur täglich, sondern auch oft mehrmal in einem Tage. Sie unterzeichnen sich, wie die Ritter der Table ronde. In den Kurbraunschweigischen Staaten gibt es aber keine Vereinigung der Landschaften mehrerer Provinzen zu ein Ganzes — in eine Landschaft. — Nur diejenige Verbindung ist Verfassungsmäßig, welche alle Jahr, durch die Landsyndici der Calenbergischen, Lüneburgischen, Hoya'schen und Grubenhägenschen Landschaften, Behr der Revision der Rechnungen des Zucht- und Tollhauses, in diesem Gebäude zu Celle statt hat. Diese Vereinigung hat die Bestätigung des Landesherren erhalten und daher ist sie gesetzmäßig. Endlich beweiset die Kellbergische Schrift *) selbst, daß die Real-Verbindung,

*) S. Ein Wort zu seiner Zeit, S. 13 u. 14.

oder die Zusammenschmelzung mehrerer Landschaften in eine, ohne Zustimmung und ertheilte ausdrückliche Erlaubniß des Landesherrn, Gesetz- und Verfassungswidrig sey. Hieraus folgt von selbst, daß alle Real-Verbindung mehrerer Landschaften in eine — und diese Real-Verbindung beweiset die Anlage I, weil sich die Landschaften in solidum, d. h. alle für eine, und eine für alle verbunden haben sollen — ohne ausdrückliche Bewilligung des rechtmäßigen Landesherrn, eine Verfassungswidrige Neuerung ist, welche völlig wirkungslos bleiben muß. Da sich nun die sogenannten vereinigten Landschaften, ohne Zuziehung und erhaltene Erlaubniß ihres rechtmäßigen Regenten, und ohne die förmliche und ausdrückliche Einwilligung der sämtlichen Landstände der verschiedenen Provinzen, woraus die Kurbraunschweigischen Staaten bestehen, d. h. der gemeinen Land- und Ritterschaft, vereinigt haben, so ist es klar, daß diese Handlung ohne alle rechtliche Wirkung sey. Dem sogenannten General-Landes-Deputations-Collegium wird es unmöglich bleiben, zu seiner Legitimation eine gültige Organisations-Acte und Vollmacht beizubringen. Die Mitglieder desselben sind folglich zu demjenigen, was sie thun, nicht auctorisiret — schlechterdings nicht legitimiret. — Ich wiederhole es noch einmal, daß sich in Teutschland mehrere Landschaften, ohne vorangegangene ausdrückliche Einwilligung

ihres rechtmäßigen Landesherrn, in eine Landschaft so wenig subjective, oder personaliter, als objectiv, oder realiter vereinigen können und dürfen. Eine jede Verbindung, welche, ohne dieses Haupterforderniß, statt hat, ist und bleibt, wo nicht eine Revolution, doch wenigstens der Anfang zu einer Veränderung der bestehenden Verfassung, die derjenigen gleicht, welche noch nicht vergessen ist. Mit der moralischen Person derjenigen, welche anjezt auf den Kredit des Landes Geld ~~umleihen~~ steht es folglich sehr mißlich aus. Die Cell- und Lüneburgische Landschaft kann nicht einmal, Schuldverschreibungen ausstellen. Denn es heißt in der Regierungs-Instruction vom 29 August 1714 S. 33 ausdrücklich, „daß sich der Landesherr die eigenhändige Unterschrift der Obligationen, reservire, welche in der Cellischen Landschaft angestellt würden.“*) Zu der subjectiven Nullität, welche aus der Beschaffenheit der Personen hergenommen werden muß, welche anjezt auf den Credit der Kurbraunschweigischen Lande Millionen geborget haben, und noch täglich neue Millionen anzu-leihen suchen, tritt nun eine fernere Bedenklichkeit hinzu.

*) E. Splittler Geschichte des Fürstenthums Hannover, 2ter Theil, in den Beilagen S. 131.

die ganz objectiv ist, d. h. welche das Geldgeschäfte selbst angeht. Es ist nemlich in der Kaiserlichen Wahlkapitulation, Art. 15. §. 3., den Landständen — also noch mehr ihren Ausschüssen — und, über jeden denkbaren Zweifel, dem sogenannten General-Landes-Deputations-Collegio zu Hannover schlechterdings verbothen:

„von den Kräften des Landes einseitig, mit
 „Ausschließung des Landesherrn, und ohne des Landesfürsten Vorwissen und Bewilligung zu
 „disponiren.

Diese Stelle eines Reichs-Fundamental-Gesetzes ist sehr deutlich. Sie macht keinen Unterschied zwischen dem Kriege- und Friedens-Zustande. Auch wird es wohl keines großen Beweises bedürfen, daß teutsche Landstände, wenn sie im Zustande der Ruhe nicht ermächtigt sind, auf den Credit des Landes, ohne Landesherrliche Zustimmung, Gelder anzuleihen, sie es noch weit weniger zu thun vermögen, wenn die anzuleihenden Summen dazu verwandt werden sollen, um sie dem Feinde zu überliefern. Der Commentar, welchen der Prüfer meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung S. 33 bis 35 über die oben angezogene Stelle der Kaiserlichen Wahlkapitulation geliefert hat, ist bloß in seinem revolutionairen Gehirn entstanden, und paßt schlechterdings nicht in die bestehende teutsche Staatsverfassung.

Um von dem oben Gesagten die völlige Ueberzeugung zu erhalten, rathe ich dem sogenannten General-Landes-Deputations-Collegio, oder denjenigen Gläubigern, die sich mit ihm eingelassen haben, die Bestätigung der Handschriften bey einem der höchsten Reichsgerichte nachzusuchen. Die Verweigerung derselben cum indignatione würde schon früher erfolgt seyn, als die Kurfürstlich Braunschweig-Lüneburgische Erklärung, vom 11ten November, 1803, bekannt geworden ist. Um übrigens den Prüfer meiner öffentlichen Erklärung u. seine inkonstitutionsmäßigen Ideen über den Inhalt der angezogenen Stelle der Kaiserlichen Wahlkapitulation völlig zu benehmen, beziehe ich mich auf eine, am 28sten Septbr. 1757, erfolgte Bekanntmachung der Königlich Preussischen Regierung und Kriegs- und Domainen-Kammer zu Minden wegen eines, im siebenjährigen Kriege, auf den Credit der Landschaft des Fürstenthums Minden, zu erborgenden Kapitals von 50 — 60000 Rthlr., welches, in Rebinirung der französischen Brandschatzungen, d. i. in der neumodischen Sprache französischer Requisitionen, verwandt werden sollte. *) Haben sich denn die Zeiten so sehr geändert, daß dasjenige, was in An-

*) S. Hannoversche Anzeigen vom Jahr 1757, Stück 80, auf der letzten Seite unter der Rubrik, vermischte Nachrichten.

sehung Brandenburgischer Unterthanen im siebenjährigen Kriege, der Drohung des Feindes ohngeachtet, für nothwendig zu beobachten gehalten ist, weil die Landschaft nur, unter der Auctorität beider Landes-Collegiorum, nemlich der Regierung und Kammer, Sicherheit machen konnte, heutiges Tages im Kurbraunschweigischen weniger nöthig seyn sollte? Gewiß keinesweges. Doch warum halte ich mich länger bey der Beantwortung der Frage auf:

Ob bey Gelegenheit der gegenwärtigen französischen Okkupation der Kurbraunschweigischen Staaten, allgemeine Landesschulden auf dieselbe, Rechtsverbindlicher Weise, gemacht werden können?

da die Landesherrliche Erklärung vom 11ten Nov. 1803 einen jeden nöthigen muß, sie schlechterdings zu verneinen. Diese öffentliche Bekanntmachung des rechtmäßigen Regenten der Kurbraunschweigischen Staaten macht das General-Landes-Deputations-Collegium, das Provinzial-Deputations-Collegium, die Landschaftlichen Deputations-Collegia, den Herrn von Hedemann, die Herrn Rehberg, Zwicker und Wiesler, den Elbägischen Briefsteller nach Amerika, den Kritiker der erschienenen Druckschriften &c., und wie sie alle weiter heißen mögen, mit alle demjenigen, was sie gegen meine öffentliche Erklärung und feierliche Verwahrung gesagt und geschrieben haben, völlig zu Schanden. Jene, wahr-

haft landesväterliche, Erklärung, da sie ein größeres Gewicht, als die Darstellung der Rechtmäßigkeit meiner, sechs Wochen vorher erschienenen, Druckschrift bei dem größten Theile des Publikums haben wird, weil es diejenigen Vorkenntnisse nicht beseitiget, um zu entscheiden, ob ich, oder meine Gegner Recht haben, ist nicht genug mit dem innigsten Dank der Kurbraunschweigischen Unterthanen zu verehren, weil ihr rechtmäßiger Regent alle, auf den Credit des Landes, ohne seine Zustimmung, gemachte und noch zu machende Anleihen für unverbündlich erklärt, und dasselbe mithin Creditlos gemacht hat. Auch wird es einem Jeden auffallen, daß die sogenannten Deputirten Einer Landschaft, die Instruktionen einer andern verschreiben, und daß z. B. Lüneburgische Landstände Calenbergischen Unterthanen befehlen wollen. Das Cellische Ober-Appellationsgericht kann diese Meinung nicht billigen. Denn es erkannte, mittelst Bescheides vom 23. Febr. 1801, daß ich dem Herrn Herzoge zu Bremen und Verden dasjenige nicht in Zuz- und Anrechnung bringen könne, was mir der Herr Herzog von Calenberg schuldig wäre.

Die Franzosen, welchen es sehr gleichgültig ist, mit wem sie unterhandeln, wenn sie nur Geld bekommen; daher es auf ihre Bestätigung der Landstände und der Deputations-Collegiorum nicht ankommen kann, weil sich diese nicht hätten bestätigen lassen sollen, sondern viel-

mehr schuldig waren, sich für unwirksam zu erklären, können zwar das Kurfürstenthum Braunschweig-Lüneburg nicht — nicht Sand und Land — nach Frankreich schleppen: sie können es aber in Geld umsetzen — es in Schulden verwandeln — und solchergestalt seinen Werth — die Valuta des Vermögens aller Kurbraunschweigischen Unterthanen — exportiren; mithin die Einwohner des Hannöverschen und eben die ärmsten von ihnen — die Bürger und die Bauern — auf Jahrhunderte an den Bettelstab bringen; auch Fremde um ihr Geld verkürzen. Die Franzosen sind, nach einer mehr, als zehnjährigen Uebung, in der Kunst, ein Land mit aller möglichem Höflichkeit, ganz methodisch, arm zu machen, völlig ausgelernt. Die den drey Hansestädten, Hamburg, Bremen, Lübeck abgedrungene sechs Millionen Franken geben den vollgültigsten, keinen Zweifel zurücklassenden Beweis über eine neue Entdeckung, die darin bestehet, daß die Nachbarn eines eroberten Landes von den Franzosen mit in's Unglück gezogen werden. Die von mir eben entwickelte Rücksicht, nemlich die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit, daß die Franzosen das Kurfürstenthum Hannover, durch seine Beschwörung mit Schulden, in Metallwerth verwandelt, nach Frankreich exportiren könnten, hat mich bey der Entwerfung meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung vorzüglich geleitet. Wenn ich daher durch diese den Landescredit geschwächt

habe, so ist es klar, daß ich bemühet gewesen bin, mir auf diese Art ein Verdienst um meine Landsleute zu erwerben, indem ich den größten Nachtheil von dem Handelsverischen habe abwenden wollen. Keiner, der sein Vaterland wirklich liebt, kann mich, wegen dieser meiner Absicht, tadeln. Denn gesetzt, daß die Engländer in Frankreich gelandet wären, so würde gewiß auch jeder Franzose bemüht seyn, sie nicht zu bereichern. Wollt' ich aber meinen Zweck, den Credit des Landes zu schwächen, um es nicht in eine unabsehbare Schuldenlast versinken zu sehen, erreichen, so muß' ich auch die Wahrheit über die sogenannten neuen Landes-Auctoritäten sagen, weil das Objectiv, d. i. die Sache, mit dem Subjectiven, d. i. mit den Personen, in der genauesten Verbindung steht. Ich habe darunter nichts mehr und nichts weniger gethan, als was demnächst der rechtmäßige Regent der Kurbraunschweigischen Staaten laut geäußert hat. Denn, indem das von ihm regierte Land öffentlich creditlos gemacht worden ist, hat er auch diejenige, welche die Schulden gemacht haben, und die sie noch machen wollen, für inkonstitutionsmäßige Auctoritäten, durch die That, erklärt. Dasjenige, was Herr Rehberg für die zwiefache Tendenz meiner öffentlichen Erklärung ic. ausgegeben hat; nemlich daß sie dahin gerichtet sey: Einmal durch dieselbe Mißtrauen im Lande selbst gegen die niedergelegten Auctoritäten hervorzubrin-

gen, und zweitens dem Ausländer einigen Zweifel gegen die Sicherheit der Anlehne, welche sämtliche Landschaften machten, zu erregen;

trifft folglich eben so gut die Königliche und Kurfürstlich-Braunschweig = Lüneburgische Erklärung vom 11ten November, 1803, als meine Druckschrift. Bin ich wegen derselben ein Volksaufwiegler und ein Prediger des Auf-
ruhrs, wie der Kritiker der herausgekommenen Flugschriften mich nennt, so trifft eben dieses Prädicat den Land- und Dienstherrn meiner Gegner. Denn wir sagen beide, mit der Constitution in der Hand, dasselbe, nämlich: die Landstände und ihre Ausschüsse können keine Steuern ausschreiben, keine allgemeine Landes Schulden machen, und wegen ihrer Zurückzahlung keine Sicherheit bestellen. Es kommt demnach nicht auf die französische Bestätigung der Landstände, ihrer Ausschüsse, der Deputationen, und wie alle die neuen Collegia in Hannover weiter heißen mögen, und auf die französische Anerkennung derselben, die daraus gefolgert wird, daß der General Mortier mit ihnen communicire, an. Denn die Franzosen mußten es gerne sehen, daß sich Leute fanden, die für dasjenige auf das bereitwilligste sorgten, was sie verlangten. Im Grunde mögen sie sich nicht wenig darüber gewundert haben, daß ihnen die Folgen ihrer Eroberung des Hannöverschen so leicht gemacht worden sind, als ihnen diese selbst geworden ist. Könnte man über

eine, leider! nur zu ernsthafte Sache scherzen, so müßte man den Hannoveranern das Zeugniß geben, daß sie ein guter Schlag Menschen sind. Erst lassen sie die Franzosen in ihr Land kommen, als wenn sie zum Tanz gegangen wären, und wie sie da sind, so wissen sie nicht Geld genug anzuschaffen, um ein jedes Verlangen ihrer ungebetenen Gäste zu befriedigen. Was wird aber alles bisher Geschehene helfen? Nichts, durchaus nichts. Das Schulden machen wird ein Ende nehmen; die französische Okkupation des Hannöverschen aber darum nicht geendigt seyn, weil besondere Gründe vorhanden seyn müssen, warum sich keine Macht des Hannöverschen annimmt. Man wird sich daher gar bald da finden, wo man den 3ten Junius, 1803, war, obgleich der gegenwärtige Zustand weit übler ist, als der gewesen seyn würde, wenn man gar keine Schulden gemacht hätte. Zum Schulden machen konnte man doch nicht gezwungen werden, — weil keiner genöthiget werden kann, Schulden zu contrahiren. Das ganze bisherige Verfahren im Hannöverschen ist folglich ohne Nutzen, ja vielmehr von dem größten Schaden. Es wird die Zeit kommen, in welcher man es herzlich bedauern wird, daß man sich nicht solchergestalt betragen habe, als man sich gleich beim Anfange der französischen Okkupation des Hannöverschen hätte benehmen müssen, weil dem rechtlichen Betragen zu gleicher Zeit eine rich-

tige Politik zur Seite steht. Denn, daß der erste Konsul der französischen Republik in den Kurbraunschweigischen Staaten hätte sengen, brennen und plündern lassen, — kurz, daß er dieses, an Englischen Fehden ganz unschuldige, Land auf kosackisch oder kalmückisch würde haben behandeln lassen — wer kann eine solche Entehrung seiner Regierung nur irgend denken?

Wer kann sich den Gedanken erlauben, daß er der richtenden Geschichte die Befugniß hätte einräumen wollen, seinen Namen, — den großen Namen, Napoleon Bonaparte — mit dem eines Attila in Eine Kategorie zu setzen. Würde der erste Konsul der französischen Republik — der erhabene Repräsentant des französischen Volks — sich wohl in die Lage habe setzen wollen, durch die Verheerung des Hannöverschen in ganz Europa, und selbst in Frankreich verhaßt zu werden? Er kennet zu sehr das Ehrgefühl und die Humanität des größten und besten Theils seiner Nation, um nicht alles dasjenige sorgfältig zu unterlassen, was seinen Ruhm beflecken könnte, — um nicht davon innigst überzeugt zu seyn, daß selbst die französische Armee in Hannover mit dem Unglücke der Einwohner der Kurbraunschweigischen Staaten sympathisiret. Hätte der erste Konsul der französischen Republik nicht befürchten müssen, durch verordnete militairische Executionen in einem eroberten Lande, welches nicht mehr im Zu-

stande des Krieges ist, andere Mächte für das Schicksal des Hannöverschen zu interessiren, und sohergestalt die Veranlassung zur Erneuerung eines Landkrieges zu geben, welchen England wünscht, und den Frankreich, nach einer gesunden Politik, vermeiden muß? Die große Klugheit des ersten Konsuls der französischen Republik verbiethet also völlig den Gedanken, daß das Hannöversche und seine Einwohner gemißhandelt werden können. Ich hoffe durch das bisher Gesagte bewiesen zu haben, daß bei der gegenwärtigen Okkupirung der Kurbraunschweigischen Staaten durch die Franzosen keine allgemeine Schulden auf dieselben, Rechtsverbindlicher Weise, haben gemacht, und für die Wiedererstattung derselben keine Verfassungsmäßige Sicherheit habe bestellet werden können. Meine Gegner sind im Grunde dieser gesetzmäßigen Meinung zugethan. Denn sie setzen, zur Bejahung der, in dieser Druckschrift aufgestellten, zweiten, und von mir verneinten Frage, ihr stärkstes Argument in der nützlichen Besorgung von Geschäften, welche Dritten zu erfüllen obliegen (*Negotiorum gestio*), und in der nützlichen Verwendung der erkorgten Gelder in das Vermögen Anderer (*in rem versio*). Durch diese Behauptungen fallen die, von meinen Gegnern angeführten Argumente von selbst über den Haufen. Denn, wie kann man zu einer *Negotiorum gestio* und in *rem versio* seine Zuflucht nehmen,

wenn man behauptet, die Rechtsbefugniß zu haben, auf den Credit des Landes Schulden machen, und für die Wiederbezahlung derselben Sicherheit stellen zu dürfen? Um ein Negotiorum gestor zu seyn, ist die Landtschaft — die Eigenschaft eines Mitgliedes des Landes- und Landschaftlichen Deputations-Collegii, nicht erforderlich. Ein jeder Bürger — ein jeder Bauer kann nemlich der nützliche Besorger fremder Geschäfte eben so gut seyn, wie es die Herrn in Hannover seyn wollen. Wenn ich auch vor der Hand nachstehende wichtige Fragen unbeantwortet lassen will:

- 1) ob die, von meinen Gegnern aufgestellte Idee, einer Negotiorum gestionis auf den gegenwärtigen Zustand der Kurbraunschweigischen Staaten irgend anwendbar sey, da sie sich nicht in einem veränderlichen Kriege, sondern in einem unbeweglichen Eroberungszustande befinden?
- 2) ob der Zweck einer versionis in rem erreicht werden könne, da es scheint, daß die Erhaltungskosten den Werth der geborgenen Sache solchergestalt überschreiten dürften, daß diese, die schon ohnehin mit öffentlichen Abgaben so sehr beschwert ist, zuletzt nichts mehr werth bleiben möchte?
- 3) ob mit dem angegebenen Rechts-Fundamente, die in der Anlage I befindliche Klausel der Obligationis

in solidum irgend vereinbarlich sey, nach welcher z. B. die Calenberg'sche Landschaft alle, bei Gelegenheit der französischen Invasion gemachten Schulden, bezahlen müßte? und

- 4) ob die Grubenhägenschen und Göttingschen Unterthanen aus dem Rechtsgrunde der Negotiorum gestionis und der nützlichen Verwendung in ihr Vermögen, in Ansehung derjenigen französischen Okkupationskosten, belanget werden können, welche vor dem Tage verwandt worden sind, an welchem der König von Preussen diese beiden Fürstenthümer den Franzosen überliefert hat?

und wenn ich ferner noch andere Rücksichten bei Seite setze, welchen die logische Regel — *qui dat causam causae, est causa causati* — zum Fundamente dienet, d. h., daß derjenige, welcher die Ursache zu einer Handlung gibt, auch die Ursache der Wirkungen sey, welche aus jener entspringen; mithin daß er, für diese zu haften, schlechterdings verbunden bliebe; *) so fragt es sich doch vor allen Dingen:

*) Diesen Kanon der Logik muß ich allen denjenigen ins Gedächtniß rufen, die sich bemühen, meine Handlungen aus einem Hasse gegen das Hannöversche zu erklären. Der Geheime Rath von Arnswaldt, der Geheime Kabinet's-Rath Rudlos und der Gehei-

Wer denn eigentlich diejenigen sind, deren Geschäfte nützlicher Weise besorgt, und zu deren Nutzen die angeliehenen Gelder angeblich verwandt seyn sollen — kurz, wer die eigentlichen Schuldner derselben sind, die das Geld hergeschossen haben?

Zur Beantwortung dieser Frage muß dasjenige beherzigt werden, was ich über diesen Gegenstand ohnlängst geschrieben habe. *) Dort ist von mir behauptet wor-

me Kanzley- Secretair Rehberg, mit seinem Anhang, die ich nun freilich nicht lieben kann, machen jedoch das Hannöversche Land nicht aus. Meine Gegner sündigen also wieder gegen die Logik, indem sie von Einigen auf das Ganze schließen. Meine Empfindung gegen diese Herrn theilen die mehren meiner Landesleute mit mir. Ich bin daher nur der Dolmetscher der Reigung des Ganzen.

*) S. Meine pragmatische Geschichte des Landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens 2c. S. 200—212. Dieses Buch muß doch wohl so übel nicht seyn, weil es selbst Herr Rehberg gelobt hat. S. Ein Wort zu seiner Zeit; die Noten zu der 45 und 46 S. Auf der 46 S. macht er von demjenigen, was ich S. 475 und 476 meiner pragmatischen Geschichte des Landschaftlichen Finanz- und Steuerwesens gesagt habe, einen Gebrauch, wie der Teufel von der Bibel. Das ganze deutsche Publikum kennet jedoch die niederträchtige Denk- und Handlungsart, welche Herr Rehberg, bei meiner Dienstentsetzungs-Angelegenheit, gezeigt hat. Er

den, daß diejenigen, welchen durch die Abwendung der militairischen Execution, nemlich des Sengens, Brennens und Plünderns, etwas erhalten worden sey, die eigentlichen Schuldner der Anleiher der Erhaltungskosten nach der respectiven Proportion sind, d. h. daß sie, nach dem Maaßstabe des Erhaltenen, zu den Erhaltungskosten beizutragen schuldig bleiben. Diejenigen also, welche bei der gegenwärtigen französischen Okkupation des Hannöverschen, zur Abwendung der militairischen Execution, die aber, nach der oben gelieferten Ansicht, zu den moralischen Unmöglichkeiten gehört, wenn sie auch gleich angedrohet werden sollte, Gelder vorgestreckt haben, würden folglich nur ein Klagrecht gegen diejenigen haben, denen etwas erhalten worden ist. Ob sich nun viele gefunden haben, die nach dem Princip der *Negotiorum gestionis*, und der *versionis in rem*, Gelder herzuleihen, entschlossen gewesen sind, und ob sich in der Folge noch mehrere finden werden, die nach diesem Princip Gelder vorzuschießen, geneigt seyn mögten, dürfte wohl sehr zu bezweifeln seyn.

preßte sogar Mitglieder der Ritterschaft, um gegen mich zu stimmen.

XVI.

S c h l u ß.

Aus demjenigen, was ich, zu meiner Vertheidigung und Rechtfertigung bisher angeführet habe, werden die, wider meine öffentliche Erklärung und feierliche Versicherung von meinen Gegnern vorgebrachten Argumente, sämmtlich widerlegt, und die von mir aufgestellten zwei wichtigen Fragen, zu deren Beantwortung sie mir die Veranlassung gegeben haben, hinlänglich erlediget worden seyn. Diese Beantwortung geht dahin:

daß keiner, als der General Mortier, die Hannöverschen Unterthanen, während der französischen Eroberung der Kurbraunschweigischen Staaten, zu besteuern befugt sey, und daß, bei dieser Gelegenheit, keine allgemeine Landesschulden auf diese Reichslande, rechtlicher Art nach, gemacht werden können.

Ich bin bey'm Anfange der, zwischen mir und meinen leidenschaftlichen Antagonisten entstandenen Streitigkeit, von dem Grundsatz ausgegangen:

daß die Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen von den Franzosen nicht besetzt; folglich nicht erobert werden könnten.

Dieser Voraussetzung, worauf es einzig und allein ankommt, wenn man mich richtig, und nicht oberflächlich beurtheilen will, müssen alle Deutsche, welche Gesetze ehren, schlechterdings beipflichten, weil sie eine, durchaus Verfassungsmäßige — eine schlechterdings gesetzliche — Meinung ist. Ich durfte es mir daher nicht erlauben, anzunehmen:

daß der König von Preussen, ein, von seinem grossen Vorgänger in der Regierung, Friedrich dem Einzigen, kommentirtes Reichs-Grundgesetz, (II), welches in dem neuesten Reichs-Fundamental-Gesetz erst vor wenigen Monaten ausdrücklich bestätigt worden war, nicht achten, und dadurch die Grubenhagenschen und Göttingschen Unterthanen der Willkühr der Franzosen überliefern würde.

Ich habe demnach auf einem gesetzmäßigen Fundamente gestanden. Meiner öffentlichen Erklärung und feierlichen Verwahrung liegt folglich das Heiligste unter den Menschen zum Grunde, nemlich die practische Ehre: bietung, welche man deutlichen Gesetzen

schuldig ist. Es hat mir daher, bei der Entwerfung meiner Verfassungsmäßigen Meinung, nicht einmal einfallen können, daß sie solchergestalt beurtheilt werden würde, wie sie von den Herrn Rehberg, Wieser und Zwicker und ihren Anhängern beurtheilet worden ist. Denn das Hauptargument des Herrn Kritikers *) , daß der General Mortier durch die Einrückung der Franzosen ins Grubenhägenische und Göttingsche mich am besten widerlegt habe, — daß ich mich also durch meine Meinung lächerlich gemacht, und daß mich der gründliche (?) Herr Rehberg mit Recht persifflirt habe, gehört, bewiesenermaßen (IV) zu der Logik des Pöbels, so wie sein erbaulicher Schluß, welchen er von dem widrigen Ausgange einer rechtmäßigen Handlung hernimmt, dem Johann Hagel ganz eigen ist. (V) Diese derbe Antikritik verdient ein Kritiker, der keine andere Gründe, als die eben vorgetragenen, anzuführen gewußt hat, und dessen Kritik offenbar in ein Pasquill ausartet, weil er mich einen Prediger des Aufruhrs nennet, der, um eine niedrige Rachsucht zu befriedigen, das Wohl eines ganzen Volks aufzuopfern im Stande wäre. Wie böse

*) E. Kritik der in Beziehung auf das von den Neustädten okkupirte Kurfürstenthum Hannover erschienenen Flugschriften, S.

haft! und zugleich wie wenig logisch richtig, und zutreffend! Es konnte nemlich aus meiner öffentlichen Erklärung 2c. nichts weiter erfolgen, als was demnächst geschehen ist, und was meine Gegner, als möglich, behauptet haben. Folglich nichts nachtheiliges, als die Okkupirung der Fürstenthümer Grubenhagen und Göttingen durch die Franzosen. Wie aber, wenn die Besetzung des Grubenhagenschen und Göttingschen von den Preussischen Truppen daraus erfolgt wäre, welche, nach der teutschen Reichsverfassung und nach der Länge der Zeit, daß die Franzosen diese beiden Fürstenthümer nicht okkupirt hätten, zu vermuthen stand? Alsdann wären ja zwey Hannöversische Provinzen gerettet gewesen. Wie habe ich es vermuthen können, daß man mich, wegen meiner öffentlichen Erklärung 2c. von der eben geschilderten Seite ansehen würde. Nur das habe ich befürchtet, daß man meinem Betragen einen ganz andern Bewegungsgrund unterlegen würde, nemlich den:

daß ich mich bemüht hätte, durch jenes die verlorrene Gnade Sr. Großbritannischen Majestät wieder zu erlangen.

Ich muß also über diese Ansicht noch ein Wort, zum Schluß dieser Druckschrift, hinzufügen. Nach einer, am 23sten November, 1803, ergangenen Urtheil des Kaiserlichen und Reichs-Kammergerichts in meinem Reichsge-

richtlichen Dienstentsetzungs- und Achtungs-Processse ist der öffentliche Verkauf desjenigen landtagsfähigen Guts, wovon ich Land- und Schatzrath des Hannöverschen Quartiers bin, *) völlig annullirt und cassirt, und eine Erweiterung des Protectorii auf Se. Königlich-Preussische Majestät, als Herzogen zu Magdeburg, dahin erkannt worden:

dafür kräftig zu sorgen, daß keine Eingriffe in mein Hannöversches Vermögen geschehen mögten.

Ich habe dieses Erkenntniß aber noch zur Zeit nicht insinuiren lassen, weil ich es sorgfältig zu vermeiden suche, daß das Kaiserliche und Reichs-Kammergericht von den Franzosen nicht beleidigt werden möge, welches sehr leicht bei der Insinuation dieser Urtheile an das Kurbraunschweigische Oberappellations-Gericht zu Celle geschehen könnte, und weil ich es gegen dieses hohe Justiz-Tribunal für indelikat halte, ihm, während der französischen Eroberung der Kurbraunschweigischen Staaten, ein Erkenntniß des höchsten Richters im Reiche behändigen zu lassen. Es steht demnach nichts im Wege, um mich in meine ehemalige Dienstactivität wieder zu setzen. Allein ich muß hier öffentlich erklären, daß, so sehr ich es

*) S. die Druckchrift: Welche Fortschritte haben sich in der von Berlepschen Rechtsache u. S. 13 ff.

auch wünsche, daß Se. Großbrittannische Majestät richtige Ideen über meinen Rechtsstreit erhalten mögen, ich dennoch längst entschlossen gewesen sey, in demselben Augenblicke, in welchem der rechtmäßige Regent meines Vaterlandes mir Gerechtigkeit wiederfahren lassen wird, ihm durch die freiwillige Niederlegung meiner Staatsämter, den überzeugendsten Beweis meiner ehrerbietigen Delicatesse zu geben. Ich habe meinen, mit den öffentlichen Angelegenheiten des Hannöverschen so genau zusammenhängenden Reichsgerichtlichen Proceß bloß deswegen geführt, und ihn beßfalls nicht liegen gelassen, weil es doch möglich blieb, daß aus demselben ein Vortheil für die sämtlichen Kurbraunschweigischen Unterthanen entstehen konnte. *) Wäre ich ein egoistischer Rechenmeister, so hätte ich mich, ohne des Herrn Rehbergs Rath, ganz anders benehmen müssen. So klug bin ich, ohne seine Zurechtweisung. **) Ich hätte nemlich dem General Mortier Pläne überreichen müssen, durch deren Befolgung die Franzosen große Summen Geldes aus dem Hannöverschen hätten ziehen können. Daß ich, sie zu entwerfen, im Stande bin — diese

*) S. Mein zu Kassel übergebenes Memoire in den ferneren wichtigen Actenstücken in meiner Rechtsache S. 25 u. f. w.

**) S. Ein Wort zu seiner Zeit ac. S. 60.

Fähigkeit werden mir meine Gegner doch wohl nicht absprechen. Ich habe aber der egoistischen Klugheit ganz zuwider gehandelt, weil ich in jene große Klasse von Menschen nicht gehöre. Hieraus folgt unwidersprechlich, daß mir niedrige Leidenschaften gegen mein Vaterland völlig fremd sind. Ich bin aus demselben geschieden, und aus demselben verbannet worden, ohne daß mich mein Gewissen eines begangenen Fehlers gegen dasselbe anklagte. Nur, zu meinem pecuniären Schaden, bin ich demselben zu getreu gewesen, weil ich über Vaterland und Vaterlandsliebe richtigere und practischere Begriffe, als meine Gegner, habe, deren sämtliche Argumente auf eine offenbare Verachtung der teutschen Reichsverfassung hinausgehen. Da man mich genöthigt hat, von mir selbst zu reden, so lasse ich in der Anlage III den Vertheidigungsplan des Hannöverschen mit abdrucken, welchen ich schon den fünften August, siebzehn hundert vier und neunzig, bei der legitimen Behörde übergeben hatte, und dessen Hauptfundament eine genaue Vereinigung mit dem Könige von Preussen beziente. Wäre er im Anfang des Jahrs 1803 befolgt worden, so würden die Franzosen wohl jetzt nicht im Hannöverschen seyn. Wer hatte auch zuerst die Idee, sich in die französischen Revolutions-Angelegenheiten nicht zu mischen, und eine stark bewaffnete Neutralität zu ergreifen? Das mir

gebührende Verdienst, in Ansehung dieser Punkte richtig gesehen zu haben, wird mir keiner absprechen, wenn auch alle Druckereyen in Hamburg und Hannover gegen mich aufgebothen werden. Woher ist der Wohlstand des nördlichen Deutschlands und insonderheit der Kurbraunschweigischen Staaten bis zur gegenwärtigen Unglücksperiode *) entstanden? Bloß aus der Befolgung dieses weisen politischen Systems. So bald sich jene geendigt haben wird, werde ich einen Plan drucken lassen, der es darlegen wird, wie man sich, nach meiner Meinung, bey der französischen Eroberung des Hannöversischen gleich Anfangs hätte benehmen sollen. Nun ist die Sache zu sehr verdorben, als daß er noch anwendbar seyn könnte. Dieser Bekanntmachung werde ich einen zweiten Plan hinzufügen, der die Heilung der Wunden betrifft, welche den Kurbraunschweigischen Staaten täglich mehr und mehr schmerzen. Er wird gewiß annehmlich gefunden werden, wenn die französische Okkupation des Hannöversischen nicht zu lange

*) Die Eroberung des Hannöversischen durch die Franzosen schadet dem ganzen nördlichen Deutschland ganz entschieden und sehr merklich.

währt, und wenn die Elbe und Weser nicht länger gesperret bleiben. Denn diese zwei Voraussetzungen machen seine Basis aus. Die Lage, worin sich die Kurbraunschweigischen Staaten anjetzt durch das feindliche Betragen der zwei großen Europäischen Athleten, Frankreich und Großbritannien, gegen dasselbe befinden, ist für sie die allernachtheiligste. Sie ist es weit mehr, als wenn das Hannöberische der Schauplatz eines Krieges wäre, weil die Kurbraunschweigischen Staaten einen zwar langen, aber nicht breiten Strich Landes bilden; auf welchem sich die Armeen nicht lange halten können. Jetzt liegt die französische Armee mit bleiernen Flügeln auf dem nicht reichen Kurfürstenthum Hannover. Dauert diese unglückliche Lage einige Jahre, so wird die Prophezeiung des Herrn Hofraths und Kammermeisters Patje *) wegen der bittersten Armut der Kurbraunschweigischen Staaten wohl wahr werden, da sie die Hülfquellen nicht besitzen, womit Kurfachsen die Nachtheile des siebenjährigen Krieges, unter einer weisen und konsequenten Verwaltung, über-

*) S. Patje, Eine Anmerkung zu den vielen Schriften ac.
S. 27.

wunden hat. Ob aber im Hannöverischen die Folgen eintreten werden, die jener Schriftsteller aus der Verarmung seines Vaterlandes zieht, daß alsdann republikanische Tugenden das Eigenthum der armgemachten Kurbraunschweigischen Unterthanen seyn werden, bezweifle ich sehr. Die Timoleon, die Cincinnatus, die Washington — kurz, die Republikaner aus tugendhaften Grundsätzen — sind immer äußerst selten gewesen. In unsern Tagen scheint, nach der vor uns liegenden Erfahrung, allen Ländern keine andere Regierungsverfassung angemessen zu seyn, als die rein-monarchische. Der erbliche und uneingeschränkte Monarch, welcher nach liberalen, alle Volksklassen beglückenden Grundsätzen regieret, und Preßfreiheit gestattet, um die subjectiven und objectiven Verwaltungs-Fehler, und die Stimme des, mit der Cultur fortgehenden, gebildeten Publikums zu erfahren, wird der Wohlthäter seiner Nation seyn, weil die Glückseligkeit derselben nicht von Phrasen und imponirenden Volksscenen abhängt. Hätte Deutschland eine andere, practische, Verfassung, würden die Franzosen es sich alsdann wohl erlaubt haben, den acht und zwanzigsten Theil seiner Einwohner, wegen einer großbrittannischen Fehde, die dem Hannöverischen schlechterdings nichts angeht, unglücklich zu machen? Ich glaube es nicht. Mit dem Andenken

an unsere Väter — mit der Citation des verklärten Geistes des großen Hermann — wird nicht einmal die französisch = Hannöversche Legion zurückgewiesen werden.

A n l a g e I.

Kopie einer Obligation zur Garnier-Ruppel'schen Anleihe vom 31.
August, 1803.

Lit. A. No. 55.

Der Hannoverschen Landschaften, Lüneburg, Bremen und Verden, Calenberg, Grubenhagen und Osnabrück, Stände aus Prälatur, Ritterschaft und Städten, *) thun kund hiemit:

daß Inhaber dieser Obligation eine Summe von Einhundert St. cursirenden Preussischen, Sächsischen, Braunschweigischen, Hessischen und sonstigen guten deutschen, mit 2 Unzen vollwichtigen Pistolen, von welchen bekanntlich 35 St. auf die rauhe Edlnische Mark gehen und 21 Karat, 9 Grän fein Gold halten, für gut und zu 5 Rthlr. gerechnet, als Ventrug zu dem Heute negotiir-

*) Folglich sind die übrigen Theile der Kurbraunschweigischen Staaten keine Schuldner.

— III —

ten Anlehn von einer halben Million Thaler an die General-Kasse der genannten Landschaften baar und richtig geliefert hat.

Diese Summe ist zum wahren Besten des Landes verwandt worden; sämtliche obgenannte Landschaften daher für die Wiederbezahlung, Verzinsung und Ihnen etwa rechtlich zur Last fallende Kosten in Solidum *), und der getreue Inhaber hat für die hierauf vorgeschossene Summe der Einhundert St. Pistolen eine rechtmäßige Forderung an sämtliche genannte Landschaften. Es versprechen dieselben auch, von diesem Capital jährlich vier pro Cent Zinsen in obgedachter Münzsorte zu entrichten, welche von halben zu halben Jahren und zwar am 15ten März und am 15ten September jedes Jahrs bey dem Handelshause Rüppell und Harnier zu Frankfurth am Mayn, oder in Hannover, wenn sich desfalls vierzehn Tage vor der Verfallzeit der Inhaber bei der Landschaftlichen General-Kasse gemeldet haben wird, gegen Rücklieferung der hierbeygegebenen, und je-

*) Wo bleibt hier die, von dem Landesherren und den Landständen Anno 1714 festgesetzte Interims-Proportion. S. Meine Abfertigung des von Hebemansschen Zurufs in der Note zur 25 S. Können die Stände diese einseitig abändern? und die ganze Schuld auf eine Provinz wälzen?

desmal fälligen Zins = Coupons richtig und ohne alle Abkürzung gezahlet werden.

Das Capital selbst soll bis zum 15ten September 1810 *) unablässig stehen bleiben, alsdann aber an diesem Tage, ohne weitere Kündigung, in obgenannter Münzsorte, nemlich in cursirenden Preussischen, Sächsischen, Braunschweigischen, Hessischen und sonstigen guten deutschen mit 2 Aß vollwichtigen Pistolen, wovon 35 Stück auf eine rauhe kölnische Mark gehen und 31 Karat, 9 Grän fein Gold halten, für gut und zu 5 Rthlr. gerechnet, baar, ohne alle Abkürzung, und eben so wie die Zinsen bei obgedachtem Handelshause zu Frankfurth am Main an den Ueberbringer dieser Obligation und gegen Zurückzahlung derselben ausbezahlt werden.

Zur Sicherheit des Kapitals, wie der davon zu entrichtenden Zinsen und den Landschaften etwa rechtlich zur Last fallenden Kosten, constituiren wir, als eine öffentliche Hypothek, sämtliche gegenwärtige und künftige Landschaftliche Intraden ohne Ausnahme, so wie solche dormalen bestimmt sind, oder während der Zeit bestimmt werden mögen.

Die Landschaften begeben sich ausdrücklich aller Ein-

*) Es wird wohl länger stehen bleiben. Mögen die Franzosen nur nicht anno 1810 noch im Hannöverschen seyn!

reden und Rechtswohlthaten, welche dem Lande *) gegen diese Schuldverschreibung etwa zu statten kommen könnten, insbesondere des *beneficii competentiae, restitut. in integrum, legis: civitas etc. D. de rebus creditis, legis Anastasiana, except. n. num. pec. divisionis, rei non sic sed aliter gestae, generalem renunciat: non valere nisi spec. praecesserit*, und aller übrigen, wie solche Namen haben und erdacht werden mögen, dergestalt, daß keine Privilegien aus geist- oder weltlichen Rechten, sondern allein baare Bezahlung in ausgelobter Maße von dieser Schuld befreien; bis dahin aber diese Verschreibung *vim rei iudicatae et paratae executionis* haben soll.

In widerhoffentlichen streitigen Fällen erkennen genannte Landschaften, das Oberappellations-Gericht in Celle **) als völlig kompetentes Gericht an, dessen Entscheidung sie sich ohne weitere Appellation unterwerfen.

Urkundlich ist diese Obligation von einem Deputato aus jeder der obgenannten Landschaften unterschrieben

*) Ist diese Renunciatio für das Land verbindlich?

**) Wie aber, wenn dem Oberappellations-Gerichte das Erkennen verbothen würde? S. H a b e r l i n Staatsarchiv, 19 Heft, S. 243. und ein Reichsgericht eine solche Landesherrliche Verfügung, die, nach der vorliegenden Materie, keine Justiz-Verweigerung in sich schließen würde, billigte?

und mit dem Siegel des Hannöverschen Landes-Deputations-Collegii bedruckt worden.

Hannover, den 31 Aug. 1803.

G. v. Meding.

Christoph, Abt zu

Loccum.

(Hannöversches
Landes-Deput.
Collegium.)

A. G. v. Zester-

fleth.

v. War.

Chur = Hannöversche
Landschaftliche Obligation
auf Einhundert Stück Pistolen
à 5 Pr.

de 31. Aug. 1803.

Lit. A. No. 55.

rückzahlbar den 15ten Septbr. 1810.

A n l a g e II.

Kopie eines Zinsent-Coupons zu dieser Anleihe.

1ter Coupon zur Landschaftlichen Obligation, Lit. A. No. 55.

Zwey Stück mit 2 Pf vollwichtige Pistolen zu 5 Rtlr. halbjährige, den 15ten März 1804 *) fällige Zinse von 100 Stück Pistolen Capital Antheil an dem Heute negotirten Anlehn von $\frac{1}{2}$ Million Thaler für die Landschaften Lüneburg, Bremen und Verden, Calenberg-Grubenhagen und Osnabrück, werden hiegegen zur Verfallzeit bezahlt bey dem Handlungshause Rüppell und Harnier zu Frankfurth am Mayn, ohne Kosten dem Ueberbringer.

Hannover, den 31ten August, 1803.

Christoph, Abt zu Loccum. v. War.

Pro nota. Dieser Coupon wird auch bey der Landschaftlichen General-Kasse zu Hannover ohne Kosten dem Ueberbringer bezahlt, wenn der Inhaber sich deshalb 14 Tage vor der Verfallzeit bey derselben meldet.

2ter Coupon — bis 14., dem vorigen gleichlautend.

*) Woher soll das Geld zur Zinsen-Zahlung erfolgen?

U n l a g e III.

Official: Zeugniß wegen des von dem Hofrichter, auch Land- und Schagrath von Verlepsch übergebenen, Landesvertheidigungs-Plans vom 5. August, 1794. *)

Auf geschehenes Verlangen des Herrn Hofrichters, auch Land- und Schagraths von Verlepsch, wird, aus den Landschaftlichen Acten, pflichtmäßig hiemit

*) Es war die Befolgung dieses Landesvertheidigungs-Plans im Jahr 1803 weit leichter, als im Jahr 1794. Denn in jener Zeit standen den militairischen Vertheidigungsmitteln politische von der größten Erheblichkeit zur Seite, weil die Franzosen die Betretung aller nicht Hannöversischen Reichelände sorgfältig vermeiden mußten. Dieses war im Jahr 1794 nicht nöthig, weil damals der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland noch existirte. So wie mein Vertheidigungs-Plan sich sehr von demjenigen unterscheidet, was im Jahr 1803, zur Vertheidigung der Kurbraunschweigischen Staaten, geschehen ist, einen eben so sonderbaren Contrast bilde ich und meine Dienstabsehung mit meinem intrudirten Nachfolger, und mit der von

attestiret, daß derselbe unterm 5ten August, 1794, bey Calenberg'scher Landschaft ein schriftliches Pro Memoria übergeben, und in solchem darauf angetragen habe:

ihm geschlossenen Eulinger Convention. Ich habe alles aufgeboten, um eine französische Invasion in die Kurbraunschweigischen Lande zu verhüten, und bin deswegen cassirt. Mein Nachfolger hat die Eulinger Convention geschlossen, wodurch die Franzosen die Herrn des Hannöverschen geworden sind, und er ist ein Mitglied der französischen Executiv-Commission. Diese seine Eigenschaft ist um so auffallender, da der Hofrath von Martens behauptet hat, daß ein Calenbergischer Hofrichter deswegen, ohne Urtheil und Recht, seines Richteramts entlassen werden könne, weil der Hofrichter den Landesherrn besonders repräsentire. *) Ohne die Futilität dieser Beschönigung zu rügen, lege ich hier die Frage vor: Kann der besondere Repräsentant des Landesherrn — der Calenbergische Hofrichter — als ein Mitglied eines französischen Collegii unter dem Präsidio eines Staatsbeamten der französischen Republik stehen? Nach der von Martens'schen Ansicht würde der Kurfürst von Braunschweig mittelbarer Weise ein Mitglied derjenigen Commission seyn, worin der General Martier oder der Commissair der französischen Regierung, der Bürger Dürbach, die Direction der Geschäfte besorget und darin präsidiret.

Hier liegt ein deutlicher Beweis vor, wohin es führt, wenn

*) E. v. Martens Betrachtungen über mein zu Cassadt übergebenes Memoire, die Note zur 18 und 19 Seite.

a) eine förmliche Coalition mit sämmtlichen Landschaften forderndst einzugehen, welche die Beschützung des Vaterlandes zum Zweck und zur Absicht haben solle.

b) mit diesen eine gemeinsame Vorstellung an den König zu entwerfen, wozu dem hiesigen engern Ausschusse, Namens der Calenbergischen Landschaft, Mandatum cum libera zu ertheilen seyn würde, und die dahin concludiren müßte, von dem Landesherrn zu begehren:

- 1) die sämmtlichen Truppen wieder ins Land zurück zu berufen;
- 2) die Landregimenter und Feldregimenter durch eine wohleingerichtete Recruten-Ausnahme, auf Capitation, ansehnlich zu verstärken;

man Sachen vertheidigen will, welche sich nicht vertheidigen lassen. Jetzt mag sich der Herr von Martens wohl einer Schrifft schämen, die er, aus sehr vielen Ursachen, nie hätte schreiben sollen. Allein so geht es, wenn die Handlungen eines Mannes nur durch sein Bestreben geleitet werden, sich denjenigen gefällig zu bezeigen, welche die Macht in den Händen haben. Herr von Martens hat, diesem Grundsatz getreu, bei der Gelegenheit, daß er im Herbst 1803 dem General Mortier das Göttingische Musäum zeigte, ihm darüber Entschuldigungen gemacht, daß das Bildniß Sr. Königlich Großbritannischen Majestät noch im Musäum befindlich wäre. Welche Antwort hat er aber auf diese Entschuldigung von dem edlen General Mortier erhalten? Keine; nur ein Blick voller Verachtung war die Antwort.

- 3) die übrige wehrhafte Mannschaft unter 50 Jahren, in Gemäßheit des Reichstags = Schlusses, gehörig en Masse zu organisiren, und alles zu ihrem eventuellen, successiven Marsch in Bereitschaft zu haben;
 - 4) die dazu nöthigen Pferde einzeichnen zu lassen, und den Verkauf der angeschriebenen zu verbieten;
 - 5) die gehörigen Magazine und übrigen militairischen Anstalten zu treffen, und
 - 6) mit unsern Nachbarn eine zweckfördernde Coalition einzugehen und
- c) eine solche gemeinsame Vorstellung aller Landschaften, durch zu ernennende Deputatos, dem Könige in London einreichen zu lassen, und diesen den gemessenen Auftrag zu ertheilen, bei dem Könige mit Vorstellungen so lange anzuhalten, bis Sich Allerhöchstdieselben favorabel erklärt haben.

Hannover, den 16. Junius, 1796.

J. H. Meyer,

Hofgerichts - Assessor und Calenbergischer
Landyndicus.

